

*Mike Schmeitzner*

## Der Kanzler als Historiker

### Hermann Müller und die Geschichte der Novemberrevolution\*

Die Ankündigung erfolgte im Superlativ: Im Novemberheft 1928 bewarb die Zeitschrift »Der Bücherkreis« der gleichnamigen Buchgemeinschaft das Erscheinen der »Revolutions-Erinnerungen« des amtierenden deutschen Reichskanzlers Hermann Müller (SPD) fast euphorisch: »Kaum eine[r] Neuerscheinung des deutschen Büchermarktes« sei »mit solcher Spannung entgegengesehen« worden. Das Interesse »beschränke sich nicht nur auf den Millionenkreis der republikanischen Freunde des verdienstvollen Staatsmannes, weit über dessen Grenzen hinaus, in allen Schichten des deutschen Volkes, weit hinaus auch über die geografischen Grenzen Deutschlands, in allen europäischen Ländern« bestehe ein »hochgespanntes Interesse an dem Werk«. Entscheidend dafür sei die im Werk behandelte Zäsur der deutschen Geschichte sowie selbstredend das »reichhaltige Material von höchstem geschichtlichen Wert«, welches der Verfasser vorlege, der »an der Spitze der mächtigsten deutschen Partei stehend, unmittelbar an den Ereignissen beteiligt war und bei seiner fesselnden Darstellung der gewaltigen Geschehnisse von 1918/19 aus dem vollen schöpfen konnte«. Müllers Werk »Die November-Revolution. Erinnerungen« erscheine »zur rechten Zeit, vereinigen sich doch in diesen Tagen Millionen im Gedenken an den 9. November des Jahres 1918, einem Gedenken, das erneutes Bekenntnis zum großen Gedanken der sozialen Demokratie« bedeute.<sup>1</sup>

Nun gehörte – bildlich gesprochen – schon damals das »Klappern zum Handwerk«. Doch die Erwartungshaltung, die von der sozialdemokratischen Buchgemeinschaft geschürt wurde, erschien etwas überzogen. Gewiss war Müller gleich nach dem 1925 verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert der bedeutendste sozialdemokratische Staatsmann der Weimarer Republik<sup>2</sup>, ebenso gewiss war die Tatsache, dass Müller aufgrund seiner Schlüsselpositionen in der Revolution über Insiderkenntnisse verfügte und darüber hinaus diese tiefe Zäsur der deutschen Geschichte genau zehn Jahre zurücklag, hier also ein kleines Jubiläum anstand. Allerdings war Müller nicht der erste Prominente, der seine Erinnerungen oder Analysen zur Revolution veröffentlicht hatte.<sup>3</sup> Von daher durfte sein Buch sicherlich großes Interesse beanspruchen, aber wiederum nicht auf eine weltweite Beachtung hoffen, wie dies gerade der »Bücherkreis« so vollmundig verkündet hatte. Die Buchge-

\* Der Beitrag beruht auf dem gleichlautenden Vortrag, den der Verfasser auf dem Workshop »Hermann Müller (1876–1931). Sozialdemokrat, Parlamentarier, Außenminister und Reichskanzler« der Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, am 30.11.2017 in Bonn gehalten hat. Die konzeptionelle Vorbereitung lag in den Händen von Rainer Behring, Bernd Braun, Mike Schmeitzner und Meik Woyke.

1 Die Bücher des 4. Vierteljahres 1928, in: Der Bücherkreis 4, 1928, H. 11, S. 176.

2 Vgl. *Peter Reichel*, Der tragische Kanzler. Hermann Müller und die SPD in der Weimarer Republik, München 2018; *Andrea Hoffend*, »Mut zur Verantwortung«. Hermann Müller. Parteivorsitzender und Reichskanzler aus Mannheim, Mannheim 2001; *Rainer Behring*, Hermann Müller (1876–1931) und die Chancen der Weimarer Republik, in: *Peter Brandt/Detlef Lehnert* (Hrsg.), Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich 1918–1983, Bonn 2017, S. 127–158; *Bernd Braun*, Verfolgt im Nationalsozialismus – zur Geschichte der Familie des Reichskanzlers Hermann Müller, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 162, 2014, S. 403–429.

3 Vgl. *Gustav Noske*, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920; *Philipp Scheidemann*, Der Zusammenbruch, Berlin 1921.

meinschaft sah wohl vor allem die Möglichkeit, eine zeithistorisch interessante Publikation des amtierenden Kanzlers zu vermarkten, mithin selbst vom kleinen Jubiläum und vom »eigenen« Kanzler ordentlich zu profitieren.

Müllers Werk »Die November-Revolution« mit dem Untertitel »Erinnerungen« erschien ein halbes Jahr nach seinem (zweiten) Amtsantritt als Kanzler Anfang Dezember 1928.<sup>4</sup> Bereits der Titel wirft eine erste Frage auf: Um welches Genre handelte es sich hierbei eigentlich? War das Buch mehr eine Analyse, worauf das vom »Bücherkreis« schon thematisierte »reichhaltige Material« hinzuweisen schien, oder war es doch eher ein Memoirenband, der mehr der Selbstrechtfertigung dienen mochte? Oder zielte Müller vielleicht in Richtung einer Synthese? Dass Müller die zeitgenössische Geschichte und vor allem das Thema der Revolution beschäftigte, hatte zum einen mit seinen unerfüllten beruflichen Ambitionen und zum anderen mit der eigenen Stellung in eben dieser Revolution zu tun. Eigentlich wollte er das Studium der Nationalökonomie und der Geschichte aufnehmen<sup>5</sup>, doch musste er durch den frühen Tod seines Vaters notgedrungenerweise den Beruf eines Handlungsgehilfen erlernen, der ihn recht schnell in das Lager der Sozialdemokratie führte. Das Interesse an der Geschichte blieb dennoch wach, zumal er mehrere Jahre als Publizist und Redakteur arbeitete. Während einer schweren Krankheit 1929 ließ er sogar schriftlich wissen, dass er sich notfalls »aus der aktiven Politik zurückziehen und sich auf die Historie beschränken« müsse.<sup>6</sup> Hierbei galt sein besonderes Interesse der Revolution von 1918/19, hatte er doch darin eigene einschneidende Erfahrungen gemacht: Seit November 1918 war er Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte (ASR) gewesen, seit Mitte Dezember 1918 dann einer von drei Vorsitzenden des Nachfolgeorgans – nämlich des Zentralrats der deutschen ASR. Beide Gremien verstanden sich als Kontrollorgane der neuen Regierung, des »Rates der Volksbeauftragten«.<sup>7</sup>

Ungeachtet dieser persönlichen Interessenlagen soll im Folgenden der spezifischen Motivation des Autors nachgespürt werden. Gab es bestimmte Anlässe und Herausforderungen, die den zweifachen Kanzler, Außenminister sowie Partei- und Fraktionsvorsitzenden besonders motivierten, in seiner ohnehin nur schmal bemessenen Freizeit einen Band mit 286 Seiten Umfang zu verfassen? Welche Quellen und Literaturen nutzte der Kanzler für sein Werk und in welchem Maße flossen hier eigene Erfahrungen und Erkenntnisse ein? Richtete sich der Band wenigstens partiell nach historiografischen Grundregeln? Und welche Bewertungsmaßstäbe legte der Autor eigentlich zugrunde? Eine weitere Frage berührt die eingangs aufgeworfene Problematik der zeitgenössischen Rezeption: Wie stark wurde das Werk tatsächlich in den Medien der Weimarer Republik thematisiert? Inwieweit fand es Widerhall in der Tagespresse und, wenn ja, auch über Lagergrenzen hinaus? Nahm überdies die Fachwelt Notiz von diesem Band, den der Verlag so reißerisch (»neues Material«) angekündigt hatte? Versuchte Müller vielleicht sogar als Kanzler selbst Einfluss auf die Rezeption zu nehmen, indem er eigene Netzwerke und Freunde bemühte? Letztlich wird zu klären sein, welche Bedeutung dem Band im Kontext bereits veröffentlichter Werke zur Revolution (zum Beispiel von Eduard Bernstein<sup>8</sup>, Heinrich Ströbel<sup>9</sup> oder Richard

4 Vgl. *Hermann Müller*, *Die November-Revolution. Erinnerungen*, Berlin 1928. Im Folgenden wird der auf dem Buchcover genannte Hermann Müller als Verfasser zitiert, nicht der in der Titelei erwähnte Parlamentsname Hermann Müller-Franken.

5 Vgl. *Reichel*, *Der tragische Kanzler*, S. 16.

6 Zit. nach: ebd., S. 359.

7 *Volker Ullrich*, *Die Revolution von 1918/19*, München 2009, S. 37f. und 62f.

8 Vgl. *Eduard Bernstein*, *Die deutsche Revolution von 1918/19. Ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk*, Bd. 1: *Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik*, Berlin 1921. Ein zweiter Band ist nie erschienen.

9 Vgl. *Heinrich Ströbel*, *Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung*, Berlin 1920. Bis 1924 folgten weitere Ausgaben.

Müller<sup>10</sup>) zukam und welche Spuren der Band in der Erinnerungskultur des Landes hinterlassen hat. Mit in den Blick genommen werden soll aber auch die Genese dieses Bandes: Weniger bekannt, für die Bewertung jedoch von größerer Bedeutung ist nämlich Müllers zeitlich vorgelagerte geschichtspolitische Publizistik, die deshalb einbezogen werden soll.

Das Interesse am Thema war – wenn überhaupt – bislang nur randständig vorhanden<sup>11</sup>, obwohl sich das Urmanuskript des Buches mit diversen handschriftlichen Anmerkungen und Streichungen ebenso im Teilnachlass Hermann Müller im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) befindet wie die Korrespondenz des Kanzlers zu eben diesem Buch.<sup>12</sup> Doch warum sollte es Müllers geschichtspolitischen Veröffentlichungen anders ergehen als der Gesamtpersonlichkeit, die von der Forschung lange Zeit kaum beachtet worden ist?

## I. PUBLIZISTISCHE VORARBEITEN ODER: DIE GENESE EINES BUCHES

Müllers Beschäftigung mit dem Thema Novemberrevolution setzte nicht erst mit dem Schreibstadium 1927/28 ein, sondern mit einer fulminanten geschichtspolitischen Einlassung, die er drei Jahre vorher als umfangreiche Rezension zu camouffieren wusste. 1925 erschien in dem von Rudolf Hilferding herausgegebenen sozialdemokratischen Theorieorgan »Die Gesellschaft« eine zehnteilige Besprechung mit dem Titel »Der Obmann als Geschichtsschreiber«<sup>13</sup>, der ein Jahr später der zwölfteilige Beitrag »Die Geburtswehen der deutschen Republik« folgte.<sup>14</sup> Beide Texte, die vom Umfang und von der Anlage her eher den Charakter von kleineren Aufsätzen hatten, setzten sich mit einem Werk auseinander, das ebenfalls ein geschichtspolitischer Außenseiter veröffentlicht hatte: Es handelte sich um Richard Müller, den vormaligen Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der im Weltkrieg als Vorsitzender der revolutionären Obleute der Berliner Metallarbeiter hervorgetreten war. In der Revolution hatte Richard Müller für wenige Wochen als Vorsitzender des bereits genannten Vollzugsrats des Berliner ASR Einfluss und Bekanntheit erlangt, bevor er nach einem Zwischenspiel als KPD-Funktionär (1920–1922)

10 *Richard Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik, Bd. 1: Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Berlin 1924, Bd. 2: Die Novemberrevolution, Berlin 1925, Bd. 3: Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik, Berlin 1925. Im Folgenden wird bei Verweisen auf die Neuausgabe der Trilogie in einem Band (»Eine Geschichte der Novemberrevolution«) verwiesen, die 2011 von Jochen Gester, Ralf Hoffrogge und Rainer Knirsch mit einer Einleitung von Ralf Hoffrogge neu herausgegeben worden ist.

11 Wolfgang Niess hat sich mit Hermann Müllers Werk lediglich cursorisch und deskriptiv beschäftigt: *Wolfgang Niess*, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013, S. 103f., 439–441 und 543. *Ralf Krumpholtz*, Wahrnehmung und Politik. Die Bedeutung des Ordnungsdenkens für das politische Handeln am Beispiel der deutschen Revolution 1918–1920, Münster 1998, S. 263–272, erblickt – anders als bei Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Noske und Carl Severing – bei Müller während der Revolution mehr als nur Ordnungsdenken, nämlich auch Ambivalenz und Verständnis für den politischen Gegner, wozu er unter anderem dessen Werk heranzieht. *Reichel*, Der tragische Kanzler, S. 359, hat in seiner Teil-Biografie nur mit einem einzigen Satz auf den Band hingewiesen, sich für die Zeit der Revolution und Müllers Wirken darin aber fast ausschließlich auf dieses Werk als Quelle bezogen. Vgl. ebd., S. 380–382 (Anmerkungen).

12 Daneben ist noch eine schmale Akte mit Müllers Notizen bezüglich eines Neudrucks des Buches von Ende 1930 erwähnenswert, die sich jedoch nicht im AdsD, sondern im Berliner Teilnachlass Hermann Müllers im Bundesarchiv befindet.

13 *Hermann Müller*, Der Obmann als Geschichtsschreiber, in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik 2, 1925, Bd. 1, S. 133–143.

14 *Ders.*, Die Geburtswehen der deutschen Republik, in: Die Gesellschaft 3, 1926, Bd. 1, S. 74–86.

als Linkssozialist, Publizist, Verleger und zu guter Letzt sogar als Bauunternehmer zu reüssieren vermochte.<sup>15</sup>

Die 1924 und 1925 von dem ehemaligen Schlosser und Autodidakten Richard Müller vorgelegte dreibändige Geschichte der deutschen Revolution 1918/19 war gleich in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung für die Sozialdemokratie und für Hermann Müller selbst. Als Herausforderung durfte es schon gelten, dass ausgerechnet der Autodidakt Richard Müller, der Ende 1918 die Nationalversammlung verhindern wollte und sich seitdem mit dem Spitznamen »Leichenmüller« konfrontiert sah<sup>16</sup>, mit einem opulenten Werk von circa 700 Seiten überraschte – zumal mit einer auf zahlreichen Originalquellen beruhenden »historischen Analyse der Revolution«, die auf eine »Ich«-Erzählung konsequent verzichtete. Wenn dieses Werk trotzdem als ein »Stück Rechtfertigungsliteratur« zu bezeichnen ist, so lag das an der politischen »Schlagseite« der Bände, in denen zwar nicht vom Gesichtspunkt der KPD her geurteilt wurde, aber von dem der revolutionären Obleute. Aus dieser Sicht erschien die Räte-Diktatur (oder: »Räte-Demokratie«) als Ziel<sup>17</sup>, das gegen die MSPD und ihre führenden Politiker Ebert (das »Haupt der Gegenrevolution«)<sup>18</sup> und Müller hätte durchgesetzt werden müssen, wobei letzterer zwar als »geistig hochstehende[r], [...] erfahrene[r] und geschickte[r] Redner« erschien, aber auch als Mann, der »mit List und Verschlagenheit« die Politik seiner Partei vertreten habe.<sup>19</sup>

Derart selbst herausgefordert, veröffentlichte Hermann Müller die bereits genannten Großrezensionen, die in gewisser Weise die Leitplanken seines späteren Werkes absteckten. Denn neben der Kritik an seinem Namensvetter fanden sich dort schon einschlägige Überlegungen und Thesen, die im Buch »Die Novemberrevolution« erneut und elaborierter auftauchten. Gleich am Anfang seines ersten Beitrags legte sich Müller dahin gehend fest, dass »für die Novemberrevolution [...] die Stunde objektiver Geschichtsschreibung noch nicht gekommen« sei, da »wir alle [...] noch im heißen Kampfe für und wider die Errungenschaften der ersten erfolgreichen Revolution der deutschen Geschichte« stehen würden. Um in Zukunft eine »leidenschaftslose Betrachtung« der Revolution zu ermöglichen, müssten alle entsprechenden Zeugnisse »rechtzeitig« zusammengetragen werden. In diesem Sinne begrüßte er die ersten beiden Bände Richard Müllers als »beachtenswert«. Dass eben diese Bände »mit größter Vorsicht« zu betrachten seien, ergab sich für Müller schon aufgrund der politischen »Brille« des Verfassers<sup>20</sup>, der den »Standpunkt des Obmanns der ›revolutionären Obleute« einnehme.<sup>21</sup>

Müllers Urteil über Müllers Werk war ebenso hart wie über dessen Person: Gewiss attestierte er dem Autor, »persönlich ein uneigennütziger, opferbereiter Kämpfer« gewesen zu sein, der als Dreher zu den »hochqualifizierten Arbeitern dieser Branche« und von daher zur »Arbeiteraristokratie« (!) gehörte.<sup>22</sup> Richard Müllers Argument, dass die Vertreter der MSPD (also auch Hermann Müller) die revolutionäre Aktionsfähigkeit des Vollzugsrats gebremst, ja untergraben hätten, konterte der Rezensent jedoch mit dem Hinweis, dass die Linksradiakalen (also Richard Müller und andere) nur das »Weitertreiben der Revolution«, nicht aber die Konzentration auf die Kernaufgaben des Gremiums (Kontrolle der

15 Vgl. *Ralf Hoffrogge*, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 171–215.

16 Auf einer großen Versammlung in Berlin hatte Müller verkündet, dass der Weg zur Nationalversammlung nur über seine »Leiche« gehe. *Ullrich*, Die Revolution von 1918/19, S. 46.

17 *Ralf Hoffrogge*, Einleitung, in: *Müller*, Eine Geschichte der Novemberrevolution, S. 11–25, hier: S. 18.

18 *Müller*, Eine Geschichte der Novemberrevolution, S. 523.

19 Ebd., S. 280.

20 *Müller*, Der Obmann als Geschichtsschreiber, S. 133.

21 Ebd., S. 135.

22 Ebd., S. 137.

Regierung der Volksbeauftragten) im Blick gehabt und damit den Vollzugsrat selbst handlungsunfähig gemacht hätten. Mehr noch: Müller bescheinigte Müller dessen »eigene Unzulänglichkeit als Vorsitzender« des Vollzugsrats und das Fehlen »jeglichen Talents zum Führer«. <sup>23</sup> Polemisch hieß es weiter: »Wer eine sächsische Aussprache hat, genießt aber deshalb noch nicht die Vorrechte Treitschkes.« <sup>24</sup> Damit spielte er auf die äußerst einseitige Geschichtsdeutung des aus Sachsen stammenden Historikers Heinrich von Treitschke an, der sich als Berliner Professor zum Apologeten des Borussentums entwickelt hatte. <sup>25</sup>

War der eigentlich als zurückhaltend und konzilient bekannte SPD-Vorsitzende überhaupt willens, die durchaus vorhandenen Leistungen der Trilogie zu würdigen? Oder ließ er sich durch die Diktion der Bände den Blick hierfür verstellen? Gewiss vermochte auch Hermann Müller nicht die im jeweiligen Anhang der Bände befindlichen Dokumente zu ignorieren, die ganz wesentlich zum Wert der Trilogie beitrugen. Er kam nicht umhin, die »zahlreichen Aufrufe, Flugblätter, Protokolle« zu erwähnen, die »für viele manches neue« bringen. <sup>26</sup> Doch stimmte Hermann Müllers gleichzeitig erhobener Vorwurf, der Autor habe nur solches Material ausgewählt, das ihm zur Legitimierung der eigenen Deutung diene, nur teilweise. Denn Richard Müller hatte auch Reden Friedrich Eberts oder Aufrufe des Vollzugsrats und der Volksbeauftragten abgedruckt, die keineswegs einer linksradikalen Diktion folgten. Härter wog indes der Vorwurf, der Autor und frühere Vollzugsratsvorsitzender habe einen größeren Teil der Quellen einfach »annektiert«, »verschleppt« und damit »anderen unzugänglich« gemacht. Des Rezensenten Einwurf, das »Material aus der Vollzugsratszeit« sei auf seinem Antrag in der letzten Vollzugsratssitzung im Dezember 1918 hin zu »je ein[em] Exemplar« für die Parteiarchive der MSPD und USPD bestimmt gewesen <sup>27</sup>, traf zu. <sup>28</sup> Doch ließ sich sein Vorwurf, Richard Müller trage an der Nichtumsetzung dieses Beschlusses die »Hauptschuld« <sup>29</sup>, nicht verifizieren. <sup>30</sup> Denn eigenen Angaben zufolge hatte Richard Müller nur privat angefertigte »Durchschläge« der Exemplare verwendet, die er zudem 1924 dem Reichsarchiv abtrat. <sup>31</sup> Vermutlich hatte Hermann Müller recht, wenn er behauptete, dass es sich bei den Sitzungsprotokollen um von vormaligen Mitgliedern »nicht durchgesehene« Unterlagen handelte. <sup>32</sup>

23 Ebd., S. 141 und 143.

24 Ebd., S. 138.

25 Vgl. *Ulrich Langer*, Heinrich von Treitschke. Politische Biographie eines deutschen Nationalisten, Düsseldorf 1998; *Thomas Gerhards*, Heinrich von Treitschke. Wirkung und Wahrnehmung eines Historikers im 19. und 20. Jahrhunderts, Paderborn/München etc. 2013.

26 *Müller*, Der Obmann als Geschichtsschreiber, S. 134f.

27 Ebd., S. 134.

28 *Hoffrogge*, Richard Müller, S. 171, bestätigt diese Abmachung, indem er auf einen entsprechenden Brief Richard Müllers an das SPD-Zentralorgan »Vorwärts« von 1923 verweist.

29 *Müller*, Der Obmann als Geschichtsschreiber, S. 134.

30 Die Originale wurden nach Angaben Richard Müllers im Sommer 1919 von Noske-Truppen bei der Besetzung des Vollzugsrats-Büros vernichtet. Vgl. *Hoffrogge*, Richard Müller, S. 171f.; vgl. *Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna* (Hrsg.), Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. XLVIII f.

31 Vgl. *Hoffrogge*, Richard Müller, S. 178. Richard Müller erhielt für die Unterlagen vom Reichsarchiv die Summe von 15.000 RM, mit der er sich eine neue Existenz aufbauen konnte.

32 *Müller*, Der Obmann als Geschichtsschreiber, S. 135. Auch in seinem späteren Buch sprach *Müller*, Die November-Revolution, S. 112, von »nicht verifizierten Protokollen«. Und in der Tat waren die Protokolle »nicht auf ihre völlige Richtigkeit geprüft« worden. *Engel/Holtz/Materna*, Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19, S. XLVII. Dessen ungeachtet werden auch in diesen nicht korrigierten Protokollen Hermann Müllers Gegenpositionen zu den Standpunkten von Richard Müller, Ernst Däumig und Georg Ledebour überaus deutlich. Vgl. etwa Protokoll der Sitzung des Vollzugsrates vom 16.11.1918, in: ebd., S. 73f.

Obwohl der Rezensent die »wünschenswerte Deutlichkeit« des Verfassers hervorhob, dass »Revolutionen nicht gemacht werden können«, sondern von den konkreten gesellschaftlichen Umständen abhängen, kanzelte er die beiden schon erschienenen Bände brüsk ab – diese seien »keine Beiträge angewandter materialistischer Geschichtsauffassung«, sondern Ergebnisse einer »russischen Ausgabe von Karl Marx«. <sup>33</sup> Immerhin machte er sich die »materialistische« Sicht des Autors zu eigen, um das schon 1919 veröffentlichte schmale Buch des anderen vormaligen Obmanns und Volksbeauftragten Emil Barth als Produkt »eitler phantastischer Renommisterei« zu verreißen <sup>34</sup>, der sich in der Tat selbst als »Macher« der Revolution in Szene gesetzt hatte. <sup>35</sup>

Ungeachtet seiner (überzogenen) Kritik kam der Rezensent in seinen beiden Beiträgen zu Einsichten, die sich für das spätere Buchprojekt von erheblichem Wert erweisen sollten: So etwa mit Blick auf die von Richard Müller deutlich unterschätzte Einigungsatmosphäre im November 1918, die er mit dem Hinweis versah, dass der Autor keine Ahnung von der »Revolutionspsychologie der deutschen Arbeiter« habe. <sup>36</sup> Oder aber sein Hinweis darauf, dass diese Revolution trotz anderslautender Deutungen eine »wirkliche Revolution« gewesen sei – wie solle man denn anders den »Sturz der stärksten Militärmonarchie der Welt« beurteilen? <sup>37</sup> Bereits hier in seinen Rezensionen ließ Hermann Müller erkennen, dass er eine frühzeitige Einigung mit dem demokratischen Flügel der USPD schon für November 1918 für möglich und notwendig erachtet hatte, und dass aufgrund dieser fehlenden Einheit Forderungen nach einer Teilsozialisierung bedauerlicherweise nicht bewerkstelligt werden konnten. <sup>38</sup> Diese Einschätzung korrespondierte mit seinem bemerkenswerten Urteil, der Vollzugsrat sei das »Kontrollorgan der Regierung der Volksbeauftragten, sozusagen der Rechtsnachfolger des Reichstags während der Uebergangsperiode der Diktatur des Proletariats« gewesen. <sup>39</sup> Solche deutlich linken MSPD-Bewertungen waren im Übrigen nicht erst Ausfluss nachträglicher politischer Ortsbestimmungen <sup>40</sup>; derartige Beurteilungen fanden sich im späteren Werk ebenso wieder wie seine gelungene Beschreibung der machtpolitischen Lage in der Mitte Berlins Ende 1918: »In Wirklichkeit war es so, dass die Volksbeauftragten die Wilhelmstraße beherrschten, Karl Liebknecht über die Hohenzollerndenkmäler in der Siegesallee regierte und Emil Eichhorn [USPD] am Alexanderplatz und seiner nächsten Umgebung absoluter Herrscher war.« <sup>41</sup>

33 Müller, *Der Obmann als Geschichtsschreiber*, S. 135f.

34 Ebd., S. 136.

35 Vgl. *Emil Barth*, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919.

36 Müller, *Der Obmann als Geschichtsschreiber*, S. 138.

37 Ebd., S. 133.

38 Allerdings scheint Müller in der Sozialisierungsfrage unschlüssig gewesen zu sein. Auf der einen Seite rechtfertigte er mit Kurt Eisners (USPD) Einlassungen, man könne »nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist«, die Untätigkeit der MSPD, auf der anderen Seite erklärte er aber auch, dass ein »einiges Proletariat [...] auch für die Sozialisierung vielleicht [hätte] mehr tun können«. Ebd., S. 140f. Ausdrücklich wies er auf den großen Nachteil hin, dass der 9. November 1918 »kein sich schnellstens einigendes großes Arbeitergeschlecht vorfand«. Ebd., S. 139.

39 Ebd., S. 141. Fast dieselbe Formulierung von der Diktatur des Proletariats als Übergangsperiode 1918/19 gebrauchte er auch im Buch. Vgl. Müller, *Die November-Revolution*, S. 89.

40 Schon *Krumpholz*, *Wahrnehmung und Politik*, S. 263–272, hier: S. 272, weist darauf hin, dass Müllers vermittelnde Rolle in der Revolution und seine »ambivalente Haltung« (anders als bei Ebert, Scheidemann oder Noske) keine »nachträgliche Schönfärberei« gewesen sei. Krumpholz bezieht sich bei dieser Bewertung freilich nur auf Müllers Buch, nicht auf dessen Veröffentlichungen vor 1928.

41 Müller, *Die Geburtswehen der deutschen Republik*, S. 78. Vgl. die ganz ähnliche Formulierung in: Müller, *Die November-Revolution*, S. 247.

Bereits in seiner zweiten Rezension von 1926 hatte Hermann Müller durchblicken lassen, dass er sich ein etwas größeres Werk als die bisherigen Beiträge zur Revolution durchaus zutrauen würde: »Wenn ich all die Unrichtigkeiten und Schiefheiten der Müllerschen Darstellungen aufzeigen wollte, müßte ich ein ganzes Buch schreiben.«<sup>42</sup> Als ein weiterer früher Hinweis darauf, selbst ein größeres Werk zur Revolution vorzulegen, darf Müllers Rezension zu den Erinnerungen des früheren kaiserlichen Vizekanzlers (1917/18) und liberalen Politikers Friedrich von Payer gelten. Anders als im Falle Richard Müller lobte der Rezensent an dem Buch des »unbestechlich sachlichen« Payers die »schlichte Sachlichkeit«, die – anders als so viele andere Memoiren – »auf keiner Seite den Eindruck der Rechtfertigung« aufkommen lasse. Dass er überdies Payers Satz »Wenn die einen sprechen und die anderen schweigen, kommt die Geschichte nicht zu ihrem Rechte« mit »sehr richtig« würdigte<sup>43</sup>, verdeutlichte seine Überlegung, den Betrachtungen der anderen vielleicht einmal eigene, natürlich »sachliche« hinzuzufügen. Dieser Eindruck verstärkte sich 1927, als sich Müller in einem Beitrag über Prinz Max von Badens Erinnerungen mit der »Dolchstoßlegende« auseinandersetzte und Ebert vor vermeintlichen Fehlzuschreibungen in Schutz nahm. Bemerkenswert erschien zudem die stärkere Thematisierung der Matrosen-Revolutionäre und der Kriegsursachenforschung, die – deutlicher als im späteren Buch – den deutschen Flottenbau hervorhob.<sup>44</sup>

Seine insgesamt zehn Rezensionen und Aufsätze zu geschichtspolitischen Fragen der neuesten Zeit<sup>45</sup>, die bis in die erste Hälfte des Jahres 1928 erschienen<sup>46</sup>, umfassten circa 80 Seiten und waren eine wichtige und gar nicht hoch genug zu bewertende Vorleistung für das spätere Buch. Die Auseinandersetzungen mit der Revolutions-Trilogie von Richard Müller dürften dabei als entscheidender Anstoß wie auch als wichtigste Herausforderung zu betrachten sein.

## II. DAS BUCH »DIE NOVEMBER-REVOLUTION« (1928)

Für den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD war es wohl ein zeitlicher Glücksfall, dass er die Niederschrift seines Buches in dem Moment abgeschlossen hatte, als er zum zweiten Mal das Amt des Reichskanzlers Ende Juni 1928 antrat.<sup>47</sup> Über die Motive seiner Arbeit äußerte er sich sowohl im Buch selbst als auch in seinen Briefen. Am Ende seines ersten Buchkapitels betonte Müller, dass sein Werk »keine Geschichte der deutschen Revolution von 1918, sondern für den späteren Geschichtsforscher eine Quelle sein soll«. Er wolle sich »bemühen, den Ideen- und Stimmungsgehalt jener schweren Zeit so objektiv festzuhalten, wie das einer kann, dem es vergönnt war, den gewaltigen Umsturz des deutschen Verfassungslebens nicht nur aus nächster Nähe zu beobachten, sondern auch an dem

42 Müller, Die Geburtswehen der deutschen Republik, S. 74.

43 Hermann Müller, Die Geschichte des »zu spät«, in: Die Gesellschaft 2, 1925, Bd. 1, S. 426–433, hier: S. 426.

44 Ders., Der letzte Kanzler des Kaiserreichs, in: Die Gesellschaft 4, 1927, Bd. 2, S. 193–209, hier: S. 203 und 207f. Im Buch erklärte Müller, Die November-Revolution, S. 23, hingegen abschwächend, dass der Flottenbau »mit dazu beigetragen« habe, dass das »Mißtrauen gegen eine friedliche Politik Deutschlands immer stärker wurde«.

45 Selbst der längere Nachruf auf Friedrich Ebert fokussierte die Zeit von 1918/19. Vgl. Hermann Müller, Friedrich Ebert, in: Die Gesellschaft 2, 1925, Bd. 1, S. 297–308.

46 Die letzte große Buchbesprechung zu den zweibändigen Memoiren des Fürsten Lichnowsky erschien kurz vor Müllers zweiter Kanzlerschaft. Vgl. Hermann Müller, »Auf dem Wege zum Abgrund«, in: Die Gesellschaft 5, 1928, Bd. 1, S. 113–121.

47 Hermann Müller an Paul v. Hindenburg vom 13.12.1928, AdsD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000004, Bl. 144.

werdenden Neuen ordnend mitzuwirken«. <sup>48</sup> In einem Brief an Reichspräsident Paul von Hindenburg wies Müller Ende 1928 noch einmal auf sein eigenes Bemühen um Objektivität hin, erklärte nun aber sein eigentliches inhaltliches Anliegen: Er habe das Buch deswegen »in Druck gegeben, weil ich überzeugt bin, dass über jene Zeit einer werdenden neuen Gesetzlichkeit Positives in der Geschichtsliteratur bisher so gut wie gar nicht erschienen« sei. <sup>49</sup> Man darf davon ausgehen, dass dies das eigentliche Anliegen Müllers gewesen ist. Die Weichenstellung von 1918/19 als demokratische Revolution und Grundlage der darauf gewachsenen Weimarer Republik zu beschreiben, war – verbunden mit dem ersten anstehenden zehnjährigen Jubiläum – sein zentrales Motiv und die Gegeninterpretation zu Richard Müller.

Welche Quellen und zeitgenössischen Veröffentlichungen hat Hermann Müller seinem Werk zugrunde gelegt? Diese entscheidende Frage ist nicht ganz leicht zu beurteilen, da er selbst – und anders als der von ihm kritisierte Namensvetter – den eigenen Quellenfundus nicht eindeutig ausgewiesen hat. Fest steht, dass er eigene Unterlagen aus der Vollzugsratszeit benutzt hat. Ob diese Unterlagen aus dem eigenen Privatarchiv stammten oder ob er die seit 1924 im Reichsarchiv lagernden Bestände eingesehen hat, muss offenbleiben. Daneben benutzte Müller veröffentlichte Quellen wie das Protokoll der Verhandlungen des ersten Reichsrätekongresses. Hinzu kamen eigene Aufzeichnungen, Erfahrungen und Erkenntnisse. Über die benutzten zeitgenössischen Veröffentlichungen gibt der schmale bibliografische Überblick am Ende des Buches hinreichend Auskunft, der die Trilogie von Richard Müller ebenso umfasst wie etwa die frühen Werke von Eduard Bernstein und Emil Barth. Beachtlich ist zudem die – gezielt zeitgenössische Zeitungen und Interviews einbeziehende – Medienanalyse. <sup>50</sup>

Auffällig ist weiter, wie häufig Müller auf Bernstein als Kronzeugen für bestimmte Revolutionszäsuren zurückgriff. <sup>51</sup> Augenscheinlich wollte er umstrittene Entscheidungen der MSPD mit der argumentativen Hilfe des früheren USPD-Mitglieds Bernstein absichern, um so einem Teil der wieder in der Partei befindlichen Linken (nämlich der Rest-USPD) von derartigen Weichenstellungen nachhaltiger zu überzeugen. Warum aber legte Müller überhaupt ein eigenes Revolutionswerk vor, wenn er denn Bernsteins Buch, das im hohen Maße MSPD-Positionen enthielt, um ein eigenes Vorwort erweitert vielleicht erneut hätte herausgeben lassen können? Gegen eine solche Überlegung dürfte wohl die persönliche Herausforderung durch Richard Müller und der in diesem Kontext an Gewicht erhaltene Vollzugsrat gestanden haben, der in Bernsteins Werk kaum eine Rolle spielt. Bleibt noch die Frage zu beantworten, warum Müller mit keinem Wort das gleichfalls profunde Werk von Heinrich Ströbel erwähnte, der sogar zwei Jahre vor der Vereinigung von 1922 zur MSPD zurückfand. <sup>52</sup> Lag es daran, dass Müllers Interpretation eine größere Nähe zu Bernstein aufwies als zu Ströbel, dessen demokratisch-sozialistische Diktion viel eher die Versäumnisse der Revolution beschwor und die innerparteiliche Spaltungsgeschichte ab 1914 detailliert schilderte? <sup>53</sup>

48 Müller, *Die November-Revolution*, S. 22.

49 Hermann Müller an Paul v. Hindenburg vom 13.12.1928, AdsD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000004, Bl. 144.

50 Vgl. etwa Müller, *Die November-Revolution*, S. 82.

51 Vgl. ebd., S. 56.

52 Ströbel, der für die USPD im Winter 1918/19 als paritätischer preußischer Ministerpräsident amtiert hatte, war unmittelbar danach aus der Politik ausgeschieden, um sich – wie schon vor 1918 – der Publizistik zu widmen. Seit 1924 gehörte der frühere Chefredakteur des »Vorwärts« (bis 1916) als SPD-Abgeordneter dem Deutschen Reichstag an. Vgl. *Lothar Wieland*, »Wieder wie 1914!« Heinrich Ströbel (1869–1944). Biografie eines vergessenen Sozialdemokraten, Bremen 2009.

53 Zur Spaltungsgeschichte aus Sicht der USPD vgl. Ströbel, *Die deutsche Revolution*, S. 7–33. Obwohl Ströbel als »Vorwärts«-Chefredakteur Ende 1916 gekündigt worden war und Müller daran einen Anteil hatte, blieb dieser namentlich unerwähnt.

Müllers Anliegen und sein Anspruch, ein quellengestütztes Werk vorzulegen, war letztlich für die hybride Anlage des Bandes verantwortlich. Insofern erscheint der Titel des Werkes »Die November-Revolution« mit dem Untertitel »Erinnerungen« sogar symbolisch für diese Art der Hybridität. Auch wenn Müller selbst vorgab, keine »Geschichte« der Revolution zu liefern, sondern nur eine »Quelle« für den späteren Historiker, deutete der Haupttitel etwas anderes an. Und in der Tat wollten diese Memoiren mehr sein als eine bloße Addition von Anekdoten: Die Erinnerungen an bestimmte Phasen und Zäsuren der Revolution verschränkten sich mit grundsätzlichen Analysen der Politik der MSPD, des Rats der Volksbeauftragten und des Berliner Vollzugsrats. Dies wird auch deutlich bei der Darstellungsweise: In manchen Kapiteln überwog die Ich-Form des Erzählers, in anderen Kapiteln kam diese kaum zum Tragen, vor allem dort, wo Müller die Ereignisse nur aus der Ferne und vom Hörensagen kannte und deshalb auf nachträgliche Recherchen angewiesen war. Die hybride Form der Darstellung spiegelte sich auch in ihrer Gliederung, die in 18 Kapiteln die Geschichte der Revolution zu fokussieren versuchte – angefangen von den »Ursachen der Revolution« 1914/18 über die wichtigsten Zäsuren und Entwicklungen bis »zur neuen Gesetzlichkeit« Anfang 1919.<sup>54</sup> Die später als zweite Phase der Revolution benannte Zeit (Frühjahr 1919) sparte er aus, womit er auch in der Periodisierung Bernstein und nicht Ströbel<sup>55</sup> oder Richard Müller folgte.<sup>56</sup>

Wie viel Selbstdarstellung und Selbstrechtfertigung steckte nun in dem Band und wie stand es um Müllers gebetsmühlenartig wiederholten Anspruch um größtmögliche Objektivität? Festzuhalten ist, dass Müllers Darstellung keinen (größeren) Wert auf die Selbstrechtfertigung des eigenen Vorgehens und die Befriedigung eigener Ambitionen legte; an diesem Punkt waren sich – wie noch zu sehen sein wird – sogar die allermeisten Rezensenten einig. Das Bemühen um ein hohes Maß an Objektivität verschmolz allerdings mit seinem Bestreben, die Grundzüge mehrheitssozialistischer Politik zu rechtfertigen. Ihm kam es auf die Beweisführung an, weshalb die MSPD (vermeintliche) Handlungsspielräume ungenutzt ließ – sei es nun im Falle der Sozialisierung, der Militärreform oder der Gewalteskalation zur Jahreswende 1918/19. Aufgrund der besonderen Motivation des Autors war es gewiss kein Zufall, dass vor allem die Geschichte des Berliner Vollzugsrats einen größeren Umfang einnahm. Hier lieferte Müller die von ihm als notwendig befundenen Korrekturen zur Deutung seines Namensvetters. An diesen Stellen wird aber ebenso deutlich, dass es Müller geschickt verstand, seine Verdienste um die Einführung der demokratischen Republik und des Frauenwahlrechts herauszustreichen.<sup>57</sup> Überdies nutzte er sein Buch, um »Richtigstellungen« in eigener Sache vorzunehmen, die es ihm ermöglichten, sich als Wahrer der Pressefreiheit auszuweisen.<sup>58</sup>

Wenn im Folgenden nur bestimmte Ereignisse und Zäsuren in Müllers Darstellung Beachtung finden, so geschieht das mit Blick auf die hier zutage tretenden Beurteilungskriterien des Verfassers. Schon im ersten Kapitel seines Buches (»Ursachen der Revolution«) fällt auf, welche Themen Müller ventilierte und welche nicht. Wie schon in seinen ersten

54 Das Urmanuskript umfasste 20 Kapitel. Zwei Kapitel wurden textlich jedoch nur teilweise gestrichen: Die ursprünglich ersten beiden Kapitel »Hatten wir überhaupt eine Revolution?« und »Die Revolution bereitet sich vor« wurden zu einem Kapitel zusammengelegt, das ursprünglich 19. Kapitel »Die Berner Konferenz« stark gestrafft und in das 18. Kapitel »Die neue Gesetzlichkeit« inkorporiert. Vgl. Manuskript »Die November-Revolution«, AdsD, NL Hermann Müller, Box 2.

55 Ströbels Darstellung endete mit dem Kapp-Putsch 1920.

56 Richard Müllers Darstellung endete wiederum mit dem »Bürgerkrieg« im Frühjahr 1919, womit er die heutige Periodisierung vorwegnahm. Vgl. Eberhard Kolb/Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, 8., überarb. u. erw. Aufl., München 2013, S. 171f.

57 Müller, Die November-Revolution, S. 19 und 127–130.

58 Ebd., S. 67.

Aufsätzen von 1925/26 legte er großen Wert auf die Feststellung, dass im November 1918 eine Revolution stattgefunden habe. Damit wandte er sich zum einen gegen »heute noch mit den Ergebnissen der Revolution unzufriedene Republikaner«, die der genannten Zäsur die revolutionäre Bedeutung absprachen, und zum anderen gegen jene, die behaupteten, dass eine Revolution wegen der Verfassungsänderungen vom Oktober 1918 »gar nicht mehr nötig gewesen« sei.<sup>59</sup> Für Müller bedeutete der November 1918 die entscheidende Zäsur – nämlich das »Ende des Obrigkeitsstaates«. Vom Volk gestürzt worden sei der den »Volkswillen verachtende, sich auf die preußischen Bajonette stützende Halbabsolutismus Wilhelm II.« mit der »vollkommensten Militärmaschine der Welt«. Das Volk habe sein »Schicksal selbst in die Hand« genommen und einen »Systemwechsel« herbeigeführt.<sup>60</sup> So sehr Müllers fast schon politikwissenschaftlich anmutende Bewertung der 1918er-Zäsur<sup>61</sup> plausibel erscheint, so sehr hielt er sich doch mit der Thematisierung längerfristiger Ursachen der Revolution und der Spaltungsgeschichte der eigenen Partei zurück. Dadurch, dass die Darstellung erst 1917/18 einsetzte, umging er die »Burgfriedenspolitik« der Partei und die eigene Rolle bei der Absicherung dieser Politik – so etwa seine umstrittene Rolle bei der Entlassung der linken »Vorwärts«-Redakteure 1916 und seine wenig zimperlichen Einlassungen gegen den früheren Partei-Ko-Vorsitzenden Hugo Haase.<sup>62</sup> Mit seinen Hinweisen auf ungenutzte Chancen einer Kriegsbeendigung schon 1917 wollte er wohl immerhin die Friedensfähigkeit der eigenen Partei bekräftigen.<sup>63</sup> Die geschichtspolitische Deutung von 1928 machte sich schon im ersten Kapitel bemerkbar.<sup>64</sup>

Besonders hervorzuheben ist indessen seine überzeugende Argumentation gegen die »Dolchstoßlegende« der gegenrevolutionären Kräfte: Eindringlich schilderte er den Abfall mehrerer verbündeter Staaten des Deutschen Reiches seit September 1918 und die Tatsache, dass es die Oberste Heeresleitung (OHL) gewesen war, die der politischen Führung zur Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen geraten habe. An eine Fortsetzung des Kriegs bis Jahresende 1918 hätten nur »Wahnsinnige« denken können. Im gleichen Atemzug wies er ebenso überzeugend Behauptungen zurück, wonach Flugblätter des Spartakusbundes den Krieg »entschieden« und mit sowjetischem Geld »die deutsche Revolution [...] gemacht« worden sei.<sup>65</sup> Mit seinem Hinweis darauf, dass Revolutionen »nicht gemacht«

59 Dieser Hinweis könnte dem gleichfalls 1928 erschienenen Werk von Arthur Rosenberg gegolten haben, der die Oktoberreformen von 1918, also die Erweiterung der Machtbefugnisse des (kaiserlichen) Reichstags, herausstrich und der starken Kontinuität der (parlamentarischen) Entwicklung über das Jahr 1918 hinaus das Wort redete. Vgl. *Arthur Rosenberg*, Entstehung der Weimarer Republik, Hamburg 1991 (zuerst 1928), S. 223f. und 239–242.

60 *Müller*, Die November-Revolution, S. 7.

61 Vgl. *Alexander Gallus*, Deutsche Revolution 1918/19: Die Etablierung der Weimarer Republik, in: *ders.* (Hrsg.), Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln/Weimar etc. 2006, S. 133–163, hier: S. 137f. Gallus orientiert sich seinerseits am Modell von Wolfgang Merkel.

62 Vgl. *Reichel*, Der tragische Kanzler, S. 47.

63 Vgl. *Müller*, Die November-Revolution, S. 8.

64 Als »nachträgliche Interpretation« bezeichnete schon Eberhard Kolb Müllers Einlassung, der Ausbruch der Revolution sei bereits Ende Oktober 1918 sicher gewesen. Der MSPD-Parteivorstand und Müller selbst hatten an die Vermeidbarkeit der Revolution jedoch noch Anfang November 1918 geglaubt und danach gehandelt. Vgl. *Eberhard Kolb*, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1978, S. 30 (zuerst 1962).

65 *Müller*, Die November-Revolution, S. 12f. Dessen ungeachtet schilderte er einzelne Geldüberweisungen der Bolschewiki an USPD-Politiker, die jedoch für den Gesamtverlauf vernachlässigenswert geblieben seien. Zum Umfang der materiellen Unterstützung der deutschen Linksozialisten durch die Bolschewiki vgl. *Alexander Vatlin*, Die diplomatische Vertretung Sowjetrusslands in Berlin und die deutschen Linksozialisten 1918, in: *Wladislaw Hedeler* (Hrsg.), Die russische Linke zwischen März und November 1917, Berlin 2017, S. 175–186.

werden können, sondern sich »aus den gesellschaftlichen Zuständen« entwickeln<sup>66</sup>, erwies sich Müller als historischer Materialist, als der er ja auch – wie seine Aufsätze zeigen – wahrgenommen werden wollte.<sup>67</sup>

Das zweite Kapitel seines Buches (»Meine Reise nach Hamburg und Kiel«) darf vermutlich als das am stärksten subjektiv geprägte bezeichnet werden, das zudem in inhaltlicher Hinsicht ein besonderes war. Müllers Fahrt in die ersten Revolutionsgebiete vom 6. bis 9. November 1918 schnitt ihn zwar von den Vorgängen in Berlin ab, bot ihm aber die Möglichkeit, mit Hugo Haase einen Mann zu würdigen, der denselben Zug bestiegen hatte, um für die USPD in die Vorgänge in Hamburg und Kiel einzugreifen. Das nicht geplante Zusammentreffen und die gemeinsame Rückfahrt nach Berlin gaben Müller die Möglichkeit, den 1919 ermordeten Führer der USPD als Weggefährten und Bruder im Geiste vorzustellen (»Sein Rat war sehr begehrt«).<sup>68</sup> Immer wieder – so Müller – seien beide Führer gerade in kleineren Städten von Arbeitern und Soldaten beschworen worden, jetzt zusammenzugehen. Auch Haase sei schon auf der Fahrt von der »Notwendigkeit eines Zusammengehens beider Parteien zur Durchführung der Revolution überzeugt« worden.<sup>69</sup> Für Dritte nicht nachprüfbar, schilderte Müller die menschliche und geistige Nähe zu Haase – so konnten die Lesenden den Eindruck gewinnen, beide Führer hätten die Einheit schon vorgelebt und ein Stück weit die spätere gemeinsame Revolutionsregierung vorvollzogen. Mit Blick auf 1928 konnte oder sollte wohl auch der Eindruck entstehen, dass sich Haases Erbe beim neuen Parteiführer Müller in den besten Händen befinde.

Die Würdigung der (rechten) Führer der USPD zog sich durch das gesamte Buch und kulminierte im Kapitel über den biografisch-politischen Hintergrund des »Rates der Volksbeauftragten«: Dass Müller die drei Volksbeauftragten der MSPD (Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg) durchweg positiv thematisierte, wobei er Ebert gezielt hervorhob, verstand sich von selbst; Ebert war als Badener »sozusagen Demokrat von Geburt«. Doch würdigte er ebenso Hugo Haase und Wilhelm Dittmann (beide USPD).<sup>70</sup> Im Falle Haase thematisierte Müller nun auch die Spaltung der Partei, ohne jedoch Kritik an Haases Verhalten zu üben. Haase blieb der »glänzende Jurist«, der »uneigennützig Helfer und Berater der Armen und Getretenen«, der klare Verfechter einer parlamentarischen Demokratie und überdies ein unbedingter Gegner von Revolutionstribunalen.<sup>71</sup> Im Falle Dittmann ging Müller sogar so weit, dessen Reichstagsreden »gegen die Zensur und die Schutzhaft« während der »Militärdiktatur« im Krieg ebenso herauszustreichen wie dessen Festungshaft im Jahre 1918.<sup>72</sup> Diese Art der Würdigung überraschte, ließen sich doch damit Fragen nach der Haltung von MSPD-Politikern während der »Militärdiktatur«<sup>73</sup> formulieren. Im Falle des dritten, linken USPD-Volksbeauftragten Emil Barth markierte Müller dann die Grenze zwischen dem rechten und dem linken Flügel dieser Partei, dem er attestierte, den Umbruch »in sklavischer Nachahmung russischer Methoden [...] russisch weiter treiben« zu wollen.<sup>74</sup>

66 Müller, Die November-Revolution, S. 13.

67 Vgl. Müller, Der Obmann als Geschichtsschreiber, S. 135f.

68 Müller, Die November-Revolution, S. 36.

69 Ebd., S. 39.

70 Vgl. ebd., S. 74–78, Zitat S. 75.

71 Ebd., S. 76, 129 und 133. Haase habe sich – so Müllers Erinnerungen – bei allen Besprechungen über die Einführung von Revolutionstribunalen gegen diese gewendet, da »nie gewiß sei, wer zuletzt aktiv und wer passiv mit ihnen zu tun bekomme«. Ebd., S. 133.

72 Ebd., S. 77f.

73 Zur inhaltlichen Relevanz dieses Begriffes vgl. Manfred Nebelin, Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010.

74 Müller, Die November-Revolution, S. 66.

Der rechte Flügel der USPD war für ihn also Teil der Sozialdemokratie und als solcher zu würdigen. Die Tatsache, dass die SPD-Reichstagsfraktion 1928 circa 40% ehemalige (rechte) USPD-Funktionäre umfasste (mit Dittmann an der Spitze)<sup>75</sup> und Müller als Partei- und Fraktionschef Rücksicht nehmen musste, mag bei dieser Beurteilung eine gewisse Rolle gespielt haben, entscheidend war sie aber nicht, da Müller ohnehin für seinen integrativen Kurs bekannt war.<sup>76</sup> Dieser Integrationskurs dürfte wohl auch der Grund dafür gewesen sein, eine noch im Manuskript auftauchende längere Würdigung Gustav Noskes vor dem Druck zu tilgen.<sup>77</sup>

Wie schon erwähnt, widmete Müller einen erheblichen Teil seines Werkes der Tätigkeit im Vollzugsrat der ASR, dem »Reichstagsersatz«<sup>78</sup> während der Revolutionszeit. Gerade weil dieses Gremium »jeder Homogenität«<sup>79</sup> entbehrte (unter den 28 Mitgliedern befanden sich sowohl MSPD- und linke USPD-Mitglieder als auch Soldatenvertreter)<sup>80</sup>, jedoch den »Rat der Volksbeauftragten« zu kontrollieren versuchte und die darin vertretene radikale Linke darüber hinausgehende machtpolitische Ambitionen verfocht, verstand sich Müller als »Brückenbauer« zwischen den Gremien, was vor allem hieß: als Gesprächspartner des Volksbeauftragten Ebert. Er wollte so »Reibungen«, die »sich oft bedenklich häuften«, beseitigen, wohl wissend, dass der Vollzugsrat »mehr in der revolutionären Atmosphäre atmete«.<sup>81</sup> Obwohl Müller für die revolutionäre Un-Ordnung größeres Verständnis zeigte als andere Spitzenfunktionäre der MSPD<sup>82</sup>, dürfte er aber nicht nur einfach »Brückenbauer« gewesen sein – schon Eberhard Kolb hat darauf hingewiesen, dass Müller und Ebert ihr Vorgehen kühl kalkuliert und abgestimmt haben, um den Einfluss der radikalen Linken einzudämmen.<sup>83</sup> Kritisch äußerte sich Müller über die schwerfällige Arbeitsweise des Vollzugsrats, was er am Beispiel einer Resolution gegen den aufkommenden Antisemitismus illustrierte. Bemerkenswert war dagegen die im Vollzugsratskontext platzierte Würdigung des Beamtentums und der Sozialliberalen Hugo Preuß und Max Weber, die er als wichtige Partner in Erinnerung rief.<sup>84</sup>

Doch wollte Müller mit seinem Werk auch »Legenden« zerstören, die andere – wie Prinz Max von Baden – in die Welt gesetzt hätten: Dass Ebert die »soziale Revolution« hasse

75 Vgl. *Reichel*, *Der tragische Kanzler*, S. 371f.

76 Als Beispiel für viele sei Müllers Umgang mit der SPD-Reichstagsabgeordneten Toni Sender, der engagierten früheren USPD-Mitbegründerin, genannt. Obwohl sie in der wiedervereinigten Partei zum linken Flügel zählte, bedachte sie Müller mit wichtigen Aufgaben. Sender wiederum beschrieb Müller als Menschen mit einem »starken Verantwortungsgefühl« und einem Hang zu »fast übertriebener Objektivität«. Im privaten Umgang sei er »witzig und humorvoll« gewesen, im politischen Wirken eher nüchtern; allerdings sei er »nicht genug Kämpfer« gewesen. In den Flügelkämpfen der Partei habe sie ihn immer als »galanten« und »ritterlichen Gegner« wahrgenommen, mit dem eine Debatte »auf sehr hohem Niveau« geführt werden konnte. Vgl. *Toni Sender*, *Autobiographie einer deutschen Rebellin*, hrsg. v. *Gisela Brinker-Gabler*, Frankfurt am Main 2015 (zuerst engl. 1939), S. 235–237.

77 Vgl. Manuskript »Die November-Revolution«, S. 476. Die Würdigung bezog sich allerdings nicht auf den selbsternannten »Bluthund«, sondern auf dessen allgemeine organisatorische Qualitäten.

78 *Müller*, *Die November-Revolution*, S. 127.

79 Ebd., S. 91.

80 Die Mitgliederzahl wuchs allmählich auf 45 an. Vgl. ebd., S. 107.

81 Ebd., S. 104.

82 Vgl. *Krumpholz*, *Wahrnehmung und Politik*, S. 268f.

83 Dabei ging Müller deutlich flexibler vor als Ebert. Vgl. *Kolb*, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19*, S. 126 und 134.

84 *Müller*, *Die November-Revolution*, S. 107–109, 112f. und 125f. Eine tabellarische Aufstellung über den Haushalt des Vollzugsrats hatte Müller vor der Drucklegung wieder gestrichen. Vgl. Manuskript »Die November-Revolution«, S. 399f.

»wie die Sünde«, könne schon deswegen nicht stimmen, da Ebert ja »geschulter Marxist« gewesen sei und in »unzähligen Vorträgen über den Begriff der sozialen Revolution vor Tausenden von Zuhörern« gesprochen habe. Dessen Äußerung könne sich also nur auf die »bolschewistische Revolution« bezogen haben. Die zweite »Legende« – der Ebert-Groener-Pakt zur »Niederkämpfung der Revolution« – versuchte Müller mit dem Hinweis zu relativieren, dass beide Männer das Ziel verfolgt hätten, »ohne tiefgreifende Erschütterungen zu einem Frieden zu kommen« und das deutsche Volk in einer Nationalversammlung über sein politisches Schicksal selbst bestimmen zu lassen.<sup>85</sup> Von einer »Pakt«-Anbahnung könne auch deswegen keine Rede gewesen sein, da Ebert ohnehin »große Stücke« auf den Ludendorff-Nachfolger Wilhelm Groener gehalten habe.<sup>86</sup> Auch Müller selbst stellte sich vor Groener, dem er bescheinigte, in schwerster Zeit »Verantwortung« übernommen zu haben. Zudem platzierte er den Hinweis, dass Groener dafür »heute noch« von rechtsradikaler Seite »aufs schärfste persönlich angegriffen« werde.<sup>87</sup> Fast im gleichen Atemzug legitimierte Müller den »direkten Draht« zwischen der OHL (Groener) und Ebert.<sup>88</sup> Verteidigte Müller als Kanzler Groener deshalb so vehement, weil dieser seit Sommer 1928 als Reichswehrminister Mitglied seines eigenen Kabinetts war? Wie dem auch sei – es gelang Müller nicht, diese »Legenden« tatsächlich zu zerstören.

Müllers und Eberts Sympathien für Groener färbten aber auf die Beurteilung der »Hamburger Punkte« für eine durchgreifende Militärreform ab: Müller rechtfertigte mit Groeners Argumenten – keine Demobilisierung ohne OHL – die letztlich Ablehnung der »Hamburger Punkte«, obwohl diese sogar von mehrheitssozialistischer Seite verfasst und auf dem ersten Reichsrätekongress (Dezember 1918) beschlossen worden waren. Für das Ausbleiben einer – ebenfalls dort beschlossenen – »unverzöglichen« Sozialisierung der dazu »reifen« Industrien (vor allem des Bergbaus) machte er die bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in Berlin Anfang Januar 1919 verantwortlich, in deren Folge es keine dafür notwendige sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung gegeben habe.<sup>89</sup> Doch diese Argumentation erscheint nicht wirklich konsistent, denn an einer anderen Stelle im Buch sprach er davon, dass infolge der »ungeheuren Verluste an Volkskraft und Volksvermögen die Vollsozialisierung nicht glatt« habe durchgeführt werden können.<sup>90</sup> Doch wer wollte eigentlich Ende 1918 eine »Vollsozialisierung« ins Werk setzen?<sup>91</sup> Der Reichsrätekongress hatte ja realistischere Weise nur eine schmale Teilsozialisierung – eben des Bergbaus – beschlossen. Sollte der Hinweis auf die nicht realisierbare »Vollsozialisierung« kaschieren, dass die Revolutionsregierung nicht einmal in der Lage gewesen war, »unverzöglich« die schmale Teilsozialisierung in Angriff zu nehmen?<sup>92</sup> Oder war sich Müller selbst nicht ganz im

85 Müller, *Die November-Revolution*, S. 75f.

86 Ebd., S. 172.

87 Ebd., S. 76.

88 Ebd., S. 172. Die geheime Telefonverbindung legitimierte Müller mit dem Hinweis, dass dadurch »spartakistische Spitzel« die Gespräche nicht hätten abhören können.

89 Ebd., S. 207.

90 Ebd., S. 281.

91 Diese Forderung wurde nur in Sachsen erhoben, wo in Kreisen der MSPD [!] ein elaborierter Plan für eine Vollsozialisierung plus Zentralwirtschaftsamt ausgearbeitet wurde. Vgl. Günther Sandner, Otto Neurath. Eine politische Biographie, Wien 2014, S. 109–121; Karsten Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1933, Weimar/Köln etc. 1995, S. 215f.; Mike Schmeitzner, Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie, Köln/Weimar etc. 2000, S. 119–122.

92 Laut Heinrich August Winkler, *Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Von der Revolution zur Stabilisierung 1918 bis 1924*, Berlin/Bonn 1984, S. 79f., hätte eine »Enteignung der autoritärsten Gruppe des Unternehmerlagers [...] das antidemokratische Potential innerhalb der deutschen Machtelite erheblich geschwächt«.

Klaren darüber, ob und wie viel Sozialisierung nötig gewesen wäre? Schon sein erster Aufsatz scheint in diese Richtung zu weisen.<sup>93</sup>

Die Auflösung der gemeinsamen Regierung aus MSPD und USPD Ende Dezember 1918 wurde von Müller aus Sicht der MSPD rekonstruiert, doch trug er die Argumente der USPD sachlich-dokumentarisch vor. Allerdings vermochte er die Frage nicht zufriedenstellend zu beantworten, weshalb Ebert Truppen der OHL zum Angriff auf Schloss und Marstall in Berlin anforderte, um den dort von der Volksmarinedivision gefangen genommenen Stadtkommandanten Otto Wels (MSPD) zu befreien? War der MSPD-Funktionär bei einem Angriff nicht viel stärker mit dem Tod bedroht als bei einer Verhandlungslösung? Müller selbst zog sich bei seiner Bewertung auf Bernstein zurück, der in seinem Buch von 1921 den darauf folgenden Rücktritt von Haase, Dittmann und Barth zwar als »menschlich« verständlich, doch politisch als unbegründet erachtet hatte. Die drei USPD-Politiker habe wohl die Perspektive, den bis dahin ihrer Partei zugehörigen Linksradiكالen mit der vielleicht doch »notwendigen Repression« gegenüberzutreten, geschreckt.<sup>94</sup>

Die »notwendige Repression« gegen die Linksradiكالen versuchte Müller in einem der letzten Kapitel (»Der Januaraufstand 1919«) zu rechtfertigen. Minutiös zeichnete er dabei den von den Linksradiكالen initiierten Aufstand gegen die Regierung der MSPD nach, wobei er die Dramatik für die eigene Seite hervorhob: Nach der Eroberung der Pressehäuser und von öffentlichen Gebäuden durch die Aufständischen habe ihn Ebert zu sich bestellt und mit der Bildung einer neuen Regierung außerhalb Berlins beauftragt, falls die Lage in der Hauptstadt unhaltbar geworden wäre.<sup>95</sup> Dass es dazu nicht kam, lag in der von Müller eindringlich geschilderten Mobilisierungsfähigkeit der eigenen Partei begründet. Dass die darauf einsetzenden Verhandlungen nach mehreren Tagen scheiterten, habe freilich einzig und allein an der Weigerung der Aufständischen gelegen, das »Vorwärts«-Haus der MSPD freizugeben. Er – Müller – habe jedenfalls die Verhandlungen nicht so weit verzögert, bis die Pressehäuser mit der wachsenden militärischen Macht der Regierung zurückerobert hätten werden können.<sup>96</sup> Gewiss versuchte Müller auch in diesem Kapitel zu differenzieren, so, wenn er etwa die ernsthaften Bemühungen des Verhandlungsteams der rechten USPD (Karl Kautsky, Wilhelm Dittmann und andere) herausstrich. Allerdings rechtfertigte er nirgends stärker als an dieser Stelle den massiven Einsatz von Gewalt. Gerade in diesem Kapitel klang seine Motivation, endlich mit den Linksradiكالen »abzurechnen«<sup>97</sup>, besonders stark an. Doch dürfte nicht genau diese Motivation<sup>98</sup> seinem Verhandlungswillen und damit einer weniger blutigen Lösung abträglich gewesen sein?<sup>99</sup>

93 Vgl. Müller, Der Obmann als Geschichtsschreiber, S. 141f.

94 Müller, Die November-Revolution, S. 238.

95 Ebd., S. 237f.

96 Diesen Vorwurf Kurt Rosenfelds, des Verteidigers im Ledebour-Prozess 1919, erwähnte Müller, ebd., S. 266.

97 Der Aufruf der Regierung vom 8.1.1919 endete nicht von ungefähr mit dem Satz: »Die Abrechnung naht.« Zit. nach: ebd., S. 264.

98 Mit Blick auf die erneute Besetzung des »Vorwärts«-Gebäudes, die erste war am 25.12.1918 kurzzeitig erfolgt, äußerte Müller: »Wir waren nicht gesonnen, uns etwas Ähnliches zum zweiten Male bieten zu lassen.« Ebd., S. 266.

99 Dass ein ausgewiesener militärischer Führer wie Major Franz von Stephani zögerte, das »Vorwärts«-Gebäude mit seiner regierungstreuen Truppe zu stürmen, schildert Müller, Die November-Revolution, S. 267, selbst. Laut Richard Müller (Müller, Novemberrevolution, Bd. 3, S. 574f.), der sich auf die Protokolle des später eingesetzten Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtags stützte, habe von Stephani sogar eine Verhandlungslösung vorgezogen, um größere Verluste unter seiner Truppe zu vermeiden. Eine der detailreichsten und differenziertesten Darstellungen zur Verhandlungsfrage bietet immer noch Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, S. 232–240.

Müllers Diktum, »trotz des Januaraufstandes und auch des späteren Märzputsches, der noch mehr Opfer« als die 156 Toten im Januar gekostet habe, bleibe die »deutsche Revolution von 1918/19 eine der unblutigsten Revolutionen der Weltgeschichte«, bedarf zumindest der Relativierung. Nimmt man die französischen und die britischen Revolutionen und gar die russische Doppelrevolution von 1917/18 zum Maßstab, dann fiel die Opferträchtigkeit der deutschen Revolution von 1918/19 in der Tat deutlich geringer aus. Allerdings erreichte die Zahl der Opfer in Deutschland erst nach dem von Müller deklarierten Ende der Revolution im Februar 1919 erschreckende Ausmaße: Im Gefolge des von ihm bereits angedeuteten Märzputsches 1919 in Berlin starben nach offizieller Darstellung allein 1.200 Menschen, in München folgten im Mai 1919 noch einmal mindestens 1.000 Tote.

Auch wenn Hermann Müller diese zweite Phase der Revolution ausblendet und Mark Jones vornehmlich diese wiederum als Beleg für seine Revolutionsgeschichte der Gewalt heranzieht, so lässt sich die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland nicht einfach als eine blutgetränkte und von »Gründungsmassakern« gekennzeichnete Übergangszeit beschreiben.<sup>100</sup> Das schließt Kritik am überschießenden Einsatz von (militärischer) Gewalt durch den Volksbeauftragten und Wehrminister Gustav Noske (MSPD) nicht aus, der Verhandlungslösungen wenig zugeneigt war. Im Übrigen fand Müller selbst deutliche Worte der Kritik, als er Gefangenenerschießungen durch Stephanis Truppe als »durch nichts zu entschuldigenden kaltblütigen Mord« bezeichnete und den Doppelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als ein »Verbrechen«, das nicht die »erwartete gerichtliche Sühne gefunden« habe.<sup>101</sup>

Gerade mit Blick auf Luxemburg und Liebknecht wird deutlich, dass Müller nicht gewillt war, politische Gegner zu dämonisieren, so wie es andere – vor allem Noske – taten.<sup>102</sup> Auch linksradikale Gegner waren Persönlichkeiten, die der differenzierten Darstellung bedurften. Besonders einprägsam gelang ihm die Charakterisierung von Rosa Luxemburg, die Müller bereits vor der Jahrhundertwende kennen- und schätzen gelernt hatte. Gewiss hätten sich beide schon vor 1914 »immer weiter auseinander« entwickelt, und fest stünde ebenso, dass ihre in der Revolutionszeit geschriebenen Artikel »von beißender Schärfe« gewesen seien. Doch auch jene, die nicht mit ihren »Auffassungen einverstanden« gewesen seien, hätten in der »Lektüre vieler ihrer wissenschaftlichen Arbeiten reiche Anregung« gefunden. Vor allem mit ihrem im Gefängnis geschriebenen und erst 1921 veröffentlichten Essay zur Russischen Revolution, in der sie die Parteidiktatur der Bolschewiki kritisierte, sei sie »uns als Denkerin näher« geblieben »als den Spartakisten«. Im Nachhinein bedauerte Müller gar, dass Luxemburgs »starker Geist« auf ihren »Mitkämpfer Liebknecht leider wenig Einfluß« gehabt habe. Dieser habe sich vom »vorsichtigen Taktiker« der Vorkriegszeit zum »bedenkenlosen Agitator« entwickelt.<sup>103</sup>

100 Vgl. *Mark Jones*, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, S. 253 und 258f.

101 *Müller*, Die November-Revolution, S. 268 und 274.

102 In seinem 1920 veröffentlichten Rechtfertigungswerk glossierte Noske seine politischen Gegner wahlweise als »Maulhelden«, »gewissenlose Menschen«, Personen, die »in wahnwitzig verbrecherischer Weise« handelten, »kommunistische Narren«, »Phantasten und Narren« oder als Leute, die sich »größenwahnsinnig gebärdeten«. Wahlweise unterstellte er politischen Gegnern auch »zynische Frechheit«, »verlogenste Hetzerei« oder »blödes Geschwätz«. Die Münchener Räterepublik war für ihn nur ein »Karneval des Wahnsinns«. *Noske*, Von Kiel bis Kapp, S. 73, 79, 87, 89, 101, 126 und 136. In seinem im ›Dritten Reich‹ geschriebenen zweiten Memoirenwerk, das nach dem Krieg erschien, glossierte er dann all jene, die die staatliche Ordnung störten, als »bedenkliche Elemente« und »Psychopathen«. *Gustav Noske*, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach am Main 1947, S. 89. Wie man sieht, nahm bei Noske die Tendenz, den politischen Gegner zu pathologisieren, sogar noch zu.

103 *Müller*, Die November-Revolution, S. 276–279.

Auch seinen Hauptkontrahenten im Berliner Vollzugsrat, Richard Müller, skizzierte Müller differenziert. Trotz der Tatsache, dass Hermann Müller seinem Namensvetter »jede Fähigkeit« zur Führung des Vollzugsrats absprach<sup>104</sup>, und damit ältere Verdikte wiederholte, urteilte er über den Menschen Richard Müller doch gelassener: »Bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen kämpfte Richard Müller nicht gehässig. Das lag seinem Naturell fern. Selbst wenn er einmal starke Kraftworte einem Gegner in sächsischer Aussprache entgegenschleuderte, so milderte der Dialekt den Angriff.«<sup>105</sup> Weniger differenziert fiel sein Urteil über den zweiten Obmann, den linksradikalen Volksbeauftragten Emil Barth, aus, der sich mit seinem schmalen Band »Aus der Werkstatt der deutschen Revolution« (1919) alle wesentlichen Verdienste der Revolution selbst zugeschrieben hatte. Barths Werk war für ihn die »Rechtfertigungsschrift« eines »Renommisten«, dem »Klarheit und Konsequenz« fehlten. Mehr noch als diese groben Einlassungen erregten jedoch Schilderungen Widerspruch, die Barth als krankhaft veranlagten Menschen glossierten: Gemeint sind Müllers ausführliche Hinweise auf Barths »unpolitisches« Vorstrafenregister – seine Verurteilungen wegen »Erregung öffentlichen Ärgernisses« vor dem Ersten Weltkrieg – und dessen (vermeintlicher) »Zug ins Pathologische«.<sup>106</sup> Es war diese publizistische Fehlleistung Müllers, die im Februar 1929 ausgerechnet die Mehrheit eines Berliner Bezirksparteitages der SPD dazu veranlasste, gegen die »Herabsetzung« des wieder in der Partei befindlichen Emil Barths öffentlich zu protestieren.<sup>107</sup>

Müllers Buch über die Novemberrevolution schloss mit der Wahl beziehungsweise dem Zusammentritt der Nationalversammlung Anfang 1919. Mit dieser Zäsur und dem Anbruch einer »neuen legalen Periode« endete für ihn die »Zeit der Revolution«. In Müllers Optik hatte die Revolution den »Übergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat« vollzogen. In erster Linie hieß das die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie auf allen Ebenen des deutschen Staats und die Realisierung eines neuen Verfassungsstaats. Doch erinnerte Müller auch an Errungenschaften, die im Gefolge der Revolution erst möglich geworden waren: Er nannte hier vor allem die Beseitigung der Gesindeordnung und der ausnahmegesetzlichen Bestimmungen für die Landarbeiter, sodann die Verwandlung der Beamten zu »freien Staatsbürgern«, die Einführung des Achtstundentags, eine umfassende gesetzliche Arbeitslosenversicherung, ein deutsches Tarifrecht samt Schlichtungswesen sowie die Schaffung von Betriebsräten. Hier anschließend postulierte er als nächstes großes Ziel, neben die »politische Demokratie die Wirtschaftsdemokratie zu setzen«. Das sei aber nur möglich, »wenn wir aus der Revolution die große Lehre ziehen« und eine »ge-einte Arbeiterklasse« schaffen würden.<sup>108</sup>

Einmal abgesehen davon, ob Müller an dieser Stelle die »Arbeiterklasse« oder aber die »Arbeiterbewegung« und auch die Einbeziehung der Kommunisten meinte, und einmal abgesehen davon, dass er mit der Schaffung einer Wirtschaftsdemokratie die innere Ausgestaltung der Republik vorantreiben wollte: Für den Reichskanzler des Jahres 1928 war die Weimarer Republik – trotz aller Probleme und Rückschläge vor allem im auswärtigen

104 Ebd., S. 108.

105 Ebd., S. 92. Unklar ist, weshalb der Verfasser immer wieder auf Richard Müllers sächsischen Dialekt zu sprechen kam, stammte doch der politische Kontrahent aus dem ostthüringischen Weira. Möglicherweise waren es Ähnlichkeiten der Dialekte, die den Kanzler zu dieser eindeutigen Zuschreibung animierten. Als ehemaliger Dresdner Schüler hätte er es freilich besser wissen können.

106 Ebd., S. 79f.

107 In einem Bericht über den Bezirksparteitag der Berliner SPD im »Vorwärts« vom 5.2.1929 (Morgenausgabe) hieß es, dass ein »Protest« gegen die »Herabsetzung« Emil Barths in Müllers Buch »angenommen« worden sei.

108 Müller, Die November-Revolution, S. 285f.

Bereich (Versailler Vertrag) – durchaus auch eine Erfolgsgeschichte. Nichts schien für ihn 1928 darauf hinzudeuten, dass sich dies plötzlich und mit elementarer Wucht so schnell ändern könnte.

### III. ZUR ZEITGENÖSSISCHEN REZEPTION DES WERKES

Allein aufgrund der Tatsache, dass der Band ein halbes Jahr nach Müllers Amtsantritt als Kanzler erschien, war ihm eine größere Aufmerksamkeit gewiss. Aber auch Müller selbst und die Parteipresse – allen voran das SPD-Zentralorgan »Vorwärts« – trugen entscheidend dazu bei. Den Startschuss lieferte der »Vorwärts« kurz vor Auslieferung des Bandes: Die damals auflagenstarke Tageszeitung unter ihrem ebenso bekannten wie einflussreichen Chefredakteur Friedrich Stampfer veröffentlichte am 24. November 1928 das vorletzte Kapitel des Buches (»Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg«) gekürzt als Vorabdruck<sup>109</sup>, worauf »Die Rote Fahne« der KPD mit einer wütenden Einlassung reagierte.<sup>110</sup> Doch damit nicht genug, veröffentlichte der »Vorwärts« nur drei Wochen später, am 19. Dezember 1928, eine Würdigung des Bandes in Form eines Leitartikels auf Seite eins: Der Verfasser, Eugen Prager, schien dafür bestens präpariert: Der vormalige Redakteur des USPD-Zentralorgans »Freiheit« und jetziger Redakteur der Abendausgabe des »Vorwärts«<sup>111</sup> war ein bedeutender Publizist, der bereits selbst ein Buch über die Geschichte der USPD vorgelegt hatte.<sup>112</sup> Er gehörte mithin zu jenen aus der USPD übernommenen Spitzenfunktionären, denen Müller mit seinem Buch und dem darin sichtbar werdenden Narrativ ein geschichtspolitisches Integrationsangebot unterbreitet hatte.<sup>113</sup> Dass der vormalige Mehrheitssozialist Stampfer den ehemaligen USPD-Funktionär Prager mit einer Rezension an derart prominenter Stelle betraute, sagte etwas über eine Partei, die sich geschichtspolitisch noch im Integrationsprozess befand.

Pragers Text, der ursprünglich Teil eines Briefes an Müller gewesen war, kam zu einem differenzierten, aber durchaus positiven Ergebnis. Dabei bekannte Prager offen, dass er als »ehemaliger Unabhängiger einen anderen Blick für die Vorgänge der Revolutionszeit« habe und »gewiss manches anderes« geschrieben hätte.<sup>114</sup> Doch gestand er Müller selbstverständlich das »Recht zu, die Vorgänge« von damals »so zu beschreiben, wie sie ihm in der Erinnerung als wahr erscheinen«.<sup>115</sup> Ausdrücklich erkannte er an, dass der Verfasser

109 »Rosa Luxemburgs und Liebknechts Tod. Hermann Müller über die November-Revolution«, in: Vorwärts, 24.11.1928 (Morgenausgabe).

110 Für das KPD-Zentralorgan war klar, dass der Artikel im »Vorwärts« und das entsprechende Kapitel in Müllers Buch nur der »Verschleierung« der »intellektuellen Schuld« der SPD-Führer an dem »Meuchelmord« diene. Die SPD-Führer hätten mehrere der Mörder geschützt und befördert. »Wer sind die Mörder?«, in: Die Rote Fahne, 27.11.1928. Problematisch war in der Tat, dass der »Vorwärts« in der Artikelüberschrift von »Tod« und nicht – wie in Müllers Buch – von »Mord« sprach. So konnte »Die Rote Fahne« auch diese Blöße ausnutzen.

111 Vgl. Ilse Fischer/Rüdiger Zimmermann, »Unsere Sehnsucht in Worte kleiden«: Eugen Prager (1876–1942). Der Lebensweg eines sozialdemokratischen Journalisten, Bonn 2005, S. 83–90 und 107.

112 Vgl. Eugen Prager, Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921.

113 Neben Prager waren vor allem Wilhelm Dittmann, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, die auch in der wieder vereinigten Partei Schlüsselpositionen innehatten – Dittmann und Breitscheid in der Reichstagsfraktion und Hilferding als Reichsfinanzminister.

114 Eugen Prager, Brief über ein Buch. Zu Hermann Müllers »Novemberrevolution«, in: Vorwärts, 19.12.1928 (Morgenausgabe).

115 In diesem Kontext äußerte Prager zu Recht, dass es eine »reine, unvoreingenommene Wissenschaft« gar nicht gebe, da diese immer von der Subjektivität des Schreibenden »beherrscht«

alles vermieden habe, »was die verletzen könnte, denen sich die damalige Zeit in der Erinnerung anders« darstelle; jene nämlich, die auch in der wiedervereinigten Partei als »Unruhe«-Stifter in Erscheinung träten.<sup>116</sup> Zudem lobte Prager die »Fülle« des verarbeiteten Materials und manch wichtige neue Information. Müllers Wesen spiegele sich in seiner Schrift: »Kein himmelstürmender Eroberer, wohl aber ein zuverlässiger und treuer Verwalter und Mehrer überkommenen Gutes.« Sein distanzierter Blick habe sein »Urteil [...] weder von Haß noch von Liebe getrübt«. Kleine menschliche Schwächen glossierte er mit wohlwollendem Augenzwinkern.<sup>117</sup> Ausdrücklich würdigte Prager die Einheitspostulate des Verfassers als Unterpfand der Zukunft; schon die »Einheit der Sozialdemokratie« sei ein »kostbares Gut«. Er wünsche dem Buch »große Verbreitung« und eine »besinnliche Lektüre« auch in jenen Kreisen, »die vor zehn Jahren im anderen Lager gestanden haben«.<sup>118</sup>

Nicht nur an Pragers Rezension wurde deutlich, dass Müllers integrativer Ansatz Früchte trug. Auch im Falle weiterer Buchbesprechungen in den regionalen Periodika der SPD und der Presse der freien Gewerkschaften fand dieser Ansatz Resonanz. Dass dabei das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die »Gewerkschafts-Zeitung«, des Kanzlers Werk rundweg lobte, durfte wohl erwartet werden, da sich doch der ADGB und auch der Rezensent Paul Umbreit als Wegbereiter mehrheitssozialistischer Revolutionspolitik erwiesen hatten.<sup>119</sup> Bemerkenswert war aber doch, dass die von Toni Sender, einer USPD-Mitbegründerin, herausgegebene »Betriebsräte-Zeitschrift« den Band gleichermaßen lobte. Auch Senders Zeitschrift bedauerte die damalige Spaltung der »sozialistischen Arbeiterschaft« und die daraus folgende Entfremdung von Teilen der eigenen Klientel. Doch habe Müller ein »zutreffendes Bild jener Zeit gezeichnet« – und zwar auch mit Blick auf die Diktaturbestrebungen der KPD. Die Zeitschrift wünschte dem Buch »Massenabsatz in der Arbeiterschaft«.<sup>120</sup>

Eine der fundiertesten Besprechungen in der (Regional-)Presse der SPD, in der ebenfalls das integrative Moment des Bandes gewürdigt wurde, veröffentlichte der neue Chefredakteur des Dessauer »Volksblatts für Anhalt«, Gerhart Seger, der Sohn des USPD-Mitbegründers und langjährigen Leipziger Reichstagsabgeordneten Friedrich Seger. Für Seger zählte das Buch »trotz seiner nüchtern-sachlichen« Darstellung zu den »interessantesten und aufschlußreichsten Werken der ganzen Revolutionsliteratur«. Ungeachtet der persönlichen Teilnahme des Verfassers habe derselbe die Ereignisse mit »vorbildlicher Objektivität

---

und »objektiv beeinflusst« werde von der »Kenntnis der Quellen und ihre Zugänglichkeit«. Allerdings gelte: Je größer der Abstand zu den beschriebenen Ereignissen und »je geringer die persönlichen Berührungspunkte«, desto eher entstehe die »Möglichkeit einer Darstellung, die von allen Seiten als objektiv empfunden« werde. Ebd.

116 Offen bemerkte Prager, dass sich beide Teile der Partei immer dann »nicht verstehen« würden, »sobald unsere Unruhe Eure Ordnung stört«. Für ihn gehörte Müller zu den »Realpolitikern«, er selbst rechnete sich zu den »Nörglern«. Ebd.

117 Zu Müllers gar nicht ironisch gemeintem Hinweis, er habe am 6. November 1918 seine Reise ins Kieler Revolutionsgebiet nicht antreten wollen, ohne noch in seiner Wohnung ein »kleines Gepäck« zusammenzustellen (wodurch sich jedoch der Reiseantritt verzögerte), quittierte Prager mit der süffisanten Bemerkung: »Vielleicht hätten wir anderen es ebenso gemacht, aber trotz aller Liebe zur Wahrheit hätten wir wahrscheinlich solche Menschlichkeit der Nachwelt unterschlagen.« Ebd.

118 Ebd.

119 [Paul] U[mbreit], Die November-Revolution, in: Die Gewerkschafts-Zeitung 39, 1929, Nr. 9, S. 143f. Umbreit war Chefredakteur der Zeitung und hatte – wie die Spitze des ADGB – in der Revolution für eine Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern geworben. Für ihn war die damalige »Wiederherstellung der Ordnung« entscheidend gewesen.

120 Rezension von: Hermann Müller: Die November-Revolution, in: Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie, 20.4.1929, S. 248.

dargestellt«. Besonders hob Seger das »unbeirrbares Gerechtigkeitsgefühl« und das »vornehme Urteil« hervor, mit dem der Verfasser auch »seine politischen Gegner« charakterisiert habe. Die »heutigen Kommunisten« könnten daraus lernen, wie man »Andersdenkende« behandle. Wichtig war Seger, dass Müller das Verdienst an der »Demokratisierung des politischen Lebens« nicht nur dem »Arbeitskreis« um Ebert – also der MSPD – zugeschrieben habe, sondern auch den »verantwortungsbewußten Führern« der USPD, also Haase, Dittmann, Hilferding. Kritik übte Seger nur an der »Kontinuität der Entwicklung gerade auf militärischem Gebiete«; mehr Misstrauen gegenüber dem alten Militär und ein entschiedenerer Reformwille wären hier zielführender gewesen. Dieser kritische Hinweis änderte jedoch nichts an Segers Gesamturteil: »Niemand« – so der Chefredakteur des »Volksblatts« – »wird das Buch ohne sachlichen Nutzen und innere, menschliche Bereicherung lesen«. <sup>121</sup>

Das Dessauer Blatt bewarb Müllers Buch deshalb konsequenterweise auch jenseits der Rezension. <sup>122</sup> Seger selbst, der vor 1922 ebenfalls USPD-Mitglied gewesen war und nach 1934 mit seinem KZ-Buch »Oranienburg« weltweite Beachtung fand, schickte übrigens Müller seine Rezension, nicht ohne jedoch darauf hinzuweisen, dass er der Sohn jenes Mannes sei, »dessen Sie in ihrem Buch gedenken«. <sup>123</sup> Tatsächlich hatte Müller bei der intensiven Schilderung des Reichsrätekongresses Mitte Dezember 1918 auch die Rolle von Friedrich Seger gewürdigt, der dort als einer der drei Vorsitzenden für einen professionellen Ablauf gesorgt hatte. <sup>124</sup>

Während manche SPD-Organen – wie »Das Freie Wort« des früheren MSPD-Politikers Ernst Heilmann – die Handlungsspielräume der MSPD-Akteure von 1918/19 sogar als deutlich geringer beurteilten als Gerhart Seger <sup>125</sup>, markierte eine sozialdemokratische Minorität die gegenteilige Position: An hervorgehobener Stelle darf hier die Zeitschrift der neu formierten SPD-Linken »Der Klassenkampf« genannt werden, die sich im Frühjahr 1929 deutlich vom Kanzler absetzte – und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen attackierte sie die Regierung der Großen Koalition als solche, nämlich als Verrat an den Klasseninteressen der Arbeiterschaft, zum anderen mokierte sie sich über den Kanzler als »Geschichtsschreiber«. Anders als die meisten anderen Rezensenten kannte der Thüringer Gewerkschafter und SPD-Bildungspolitiker Franz Petrich die geschichtspolitischen Einlassungen Müllers aus der Zeit vor 1928 und dessen scharfe Kritik an Richard Müller. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die generelle Einstellung des »Klassenkampfes« konstatierte der frühere USPD-Funktionär Petrich <sup>126</sup> eine »heute« noch in der Arbeiterschaft bestehende »große Enttäuschung« über die Revolutionsergebnisse. Die Revolution sei »in der Veränderung der Staatsform stecken [ge]blieb[en]« und habe den »weitergehenden« sozialökonomischen Forderungskatalog nicht erfüllt. <sup>127</sup>

Petrich, der mit der Formel von der »stecken gebliebenen« Revolution einen entscheidenden Terminus der späteren kritischen Revolutionsgeschichtsschreibung der Bundesrepublik

121 Gerhart Seger, Die November-Revolution, in: Volksblatt für Anhalt, 26.2.1929.

122 Vgl. die Annonce zum Buch in derselben Ausgabe der Zeitung. Ebd.

123 Gerhart Seger an Hermann Müller vom 5.3.1929, AdsD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000004, Bl. 158.

124 Vgl. Müller, Die November-Revolution, S. 218 und 222.

125 In der Rezension hieß es etwa, Müllers Buch »erledige unzählige überflüssige Erörterungen über die ›Versäumnisse‹ der Revolution«. Zit. nach: Der Bücherkreis 7, 1931, H. 4, S. 189.

126 Petrich arbeitete seit 1919 als Redakteur an der »Ostthüringer Tribune« in Gera, einer USPD-Zeitung. Von daher dürfte er auch USPD-Mitglied gewesen sein. Für den Hinweis auf den politischen Standort der Zeitung danke ich Mario Hesselbarth.

127 Franz Petrich, Der Reichskanzler als Geschichtsschreiber, in: Der Klassenkampf 3, 1929, Nr. 7, S. 206–211.

vorwegnahm<sup>128</sup>, konstatierte, dass dieses »Versagen« nicht allein in den »objektiven Verhältnissen« begründet lag, wie Müller zu erklären versucht habe.<sup>129</sup> Des Kanzlers Werk dürfe als Rechtfertigung für eine auch heute noch »stark umstrittene« Politik gelten, die nicht einmal den Versuch unternommen habe, wenigstens eine Teilsozialisierung und eine durchschlagende Militärreform anzupacken. Stattdessen rechtfertige Müller das verhängnisvolle Bündnis mit der OHL ebenso wie den »Geheimdraht« zwischen Ebert und Groener, der eben alles andere als »harmlos« gewesen sei. Anders als die ebenfalls gerade auf dem Buchmarkt erschienenen Memoiren Philipp Scheidemanns sei Müller in seiner Darstellung »gewiß zurückhaltender, klüger und sachlicher«. Doch lese man die »hochfahrende Abkanzlung des Obmannes [...] mit gemischten Gefühlen«. Geradezu mit Schaum vorm Mund reagierte Petrich jedoch auf jene Stelle im Buch, die Prager noch mit Augenzwinkern kommentiert hatte – Müllers »Sorge um das Handgepäck« am 6. November. Nirgends sonst käme so deutlich zum Ausdruck, welche Vorstellungen die MSPD von einer Revolution gehabt hätte! Petrichs Fazit: »Geschichtsschreibung? Du lieber Himmel!«<sup>130</sup> Einen (kleineren) Teil der früheren USPD-Funktionäre hatte Müller also nicht zu überzeugen vermocht. Das traf übrigens auch auf Heinrich Ströbel zu, der an seiner kritischen Bewertung festhielt.<sup>131</sup>

Wie man sieht, gestaltete sich die Bewerbung des Buches in der sozialdemokratischen Presse als eine Art Selbstläufer.<sup>132</sup> Doch zeigte eine Rezension im »Freien Wort«, dass weit-sichtigere SPD-Politiker außer einer (weitgehenden) Selbstbestätigung im eigenen Milieu auch eine »allerweiteste Verbreitung im Bürgertum« für sinnvoll erachteten, um den »hunderttausenden Lügen, die heute schon über die deutsche Revolution verbreitet werden, den Garaus« zu machen.<sup>133</sup> Das sah auch Hermann Müller so, der in einem Brief an den preußischen Ministerialdirektor Arnold Brecht äußerte<sup>134</sup>, sein »erstes Bestreben, das Buch in den weitesten Kreisen der Partei zu verbreiten«, um dort eine illusionsfreie Darstellung des Revolutionsquartals« zu vermitteln, sei mit »über 25.000« abgesetzten Exemplaren bislang (das heißt im April 1929) »gelingen«. Obwohl sein Buch nach eigenem Bekunden in der »Presse der republikanischen Parteien [...] sehr gut aufgenommen« wurde, habe der Band in »bürgerlichen Kreisen nicht die Verbreitung gefunden, die den Bürgerlichen zu wünschen wäre«. Ihm schwebte eine Besprechung in einem Journal wie die »Deutsche

128 Vgl. *Eberhard Kolb*, 1918/19: Die steckengebliebene Revolution, in: *Carola Stern/Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*, Frankfurt am Main 1979, S. 87–109.

129 *Petrich*, *Der Reichskanzler als Geschichtsschreiber*, S. 209.

130 Ebd., S. 206f. Mit Blick auf Müllers »Handgepäck« echauffierte sich Petrich weiter: »Daß so etwas 1928/29 noch veröffentlicht wird!« Ebd., S. 207.

131 Vgl. *Heinrich Ströbel*, Die deutsche Revolution, in: *Der Klassenkampf* 2, 1928, Nr. 21, S. 649–653. Acht Jahre nach Erstveröffentlichung seines Werkes kritisierte Ströbel in diesem Beitrag die Politik der MSPD noch deutlicher. Warum Petrich und nicht er selbst die Müller-Rezension verfasst hat, obwohl er als exzellenter Kenner der Materie und als Mit-Herausgeber der Zeitschrift »Der Klassenkampf« deutlich prädestinierter erschien, muss offenbleiben. Nicht auszuschließen ist, dass der 1916 von Müller als »Vorwärts«-Chefredakteur gemaßregelte Ströbel keine persönliche Abrechnung mit dem späteren Parteivorsitzenden und Kanzler vornehmen wollte.

132 Auch das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie veröffentlichte recht früh eine umfangreichere Besprechung, die Müllers »leidenschaftslose, verbindliche Art« in seinem Buch verkörpert sah. *K.L.*, Die November-Revolution, in: *Arbeiter-Zeitung*, 1.1.1929.

133 Zit. nach: *Der Bücherkreis* 7, 1931, H. 4, S. 189.

134 Brecht seinerseits hatte kurz zuvor das Buch gelesen und in einem Brief an Müller höchstes Lob für den Detailreichtum der Darstellung, für die Personencharakterisierung und die »führende Rolle der Soldaten« (für »mich ganz neu«) gespendet. Arnold Brecht an Hermann Müller vom 7.4.1929, AdSD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000004, Bl. 136.

Juristen-Zeitung« vor, die von jenen Kreisen stark wahrgenommen werde, denen er im Buch in besonderer Weise »gerecht zu werden« versucht habe: den Beamten. Ausdrücklich bat er Brecht, hier eine Rezension zu vermitteln.<sup>135</sup>

Auch wenn Müllers Wunsch nach einer Rezension in dieser speziellen Zeitschrift nicht in Erfüllung ging<sup>136</sup>, so konnte er mit einer Verbreitung seines Buches in nichtsozialdemokratischen Kreisen sehr zufrieden sein: In den in der geschichtswissenschaftlichen Zunft hoch angesehenen und von Albert Brackmann und Fritz Hartung herausgegebenen »Jahresberichten für Deutsche Geschichte« hieß es etwa, dass der Band »manche beachtenswerte Notiz« bringe und in der Frage des »sogenannten Pakt[es] Ebert-Groener« mit eigenen Interpretationen aufwarte.<sup>137</sup> Massenwirksamer war zweifellos die Besprechung im liberalen »Berliner Tageblatt«, die von dem bekannten und angesehenen Innenressortleiter Ernst Feder stammte. Feder nannte Müllers Werk einen »zuverlässigen, aktenmäßig belegten Bericht über die Vorgänge der ersten beiden Revolutionsmonate«. Wie andere Rezensenten auch folgte er dabei dem – auf Selbstbescheidung bedachten – Selbstverständnis des Verfassers, »keine Geschichte der Revolution«, sondern eine Quelle für den »künftigen Geschichtsforscher« zu eröffnen. Diese Aufgabe erfülle Müller »durch seine nüchterne, gewissenhafte Art, durch die Zurechtrückung vieler Vorgänge, die bisher verzerrt dargestellt sind, durch die Charakteristik zahlreicher Personen, die in jenen Wochen auftauchen und wieder verschwanden«.<sup>138</sup>

So sehr Müllers eigener historiografischer Ansatz an Selbstbescheidung grenzte, so wenig Selbstbescheidung legte er bei der Bewerbung des Buches (in bürgerlichen Kreisen) an den Tag. Nicht nur das Beispiel Arnold Brecht zeigt, dass Müller bestrebt war, seiner Darstellung eine weitestgehende Verbreitung, vielleicht sogar eine Art Deutungshoheit zu sichern. Außer wichtigen Sozialdemokraten<sup>139</sup> übermittelte er daher den zumeist bürgerlichen Mitgliedern des Reichskabinetts Widmungsexemplare seines Buches, darüber hinaus auch dem deutschnationalen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, dessen einflussreichem Staatssekretär Karl Meissner, den Präsidenten des Reichsgerichts Walter Simons oder auch dem bedeutenden Kölner Verleger Alfred Neven DuMont. Das Exemplar an Hindenburg flankierte er mit einem Schreiben, in dem er einem der wirkungsmächtigsten Erfinder der »Dolchstoßlegende« gegenüber äußerte: »Trotzdem Sie, verehrter Herr Reichspräsident, die Geschehnisse jener Zeit sicherlich zum Teil aus einer anderen Weltanschauung heraus anders beurteilen, hoffe ich, dass dieses Buch in gelegentlichen Ruhestunden Ihr Interesse finden wird.«<sup>140</sup>

Auf sozialdemokratisch-republikanische Netzwerke konnte sich Müller im Übrigen bei den Organen des Vorläufers der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung, der »Reichszentrale für Heimatdienst«, stützen, um eine Besprechung seines Buches auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen zu forcieren. Hier engagierte sich der für die Zeitschrift »Heimatdienst« zuständige Abteilungsleiter Robert Breuer, ein alter Bekannter Müllers,

135 Hermann Müller an Arnold Brecht vom 15.4.1929, ebd., 1/HMAG 000035, Bl. 68.

136 Besprechungen des Buches in der »Deutschen Juristen-Zeitung« ließen sich weder für 1929 noch für 1930 finden. Vgl. die »Literatur-Beilage« der beiden Jahrgänge.

137 Zit. nach: Der Bücherkreis 7, 1931, H. 4, S. 189.

138 Zit. nach: Der Bücherkreis 7, 1931, H. 3, S. 155.

139 Widmungsexemplare schickte Müller unter anderem an Karl Kautsky, Louise Ebert (die Witwe Friedrich Eberts), Otto Landsberg, Gustav Radbruch.

140 Hermann Müller an Paul v. Hindenburg vom 13.12.1928, AdsD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000004, Bl. 144. In seinem Antwortschreiben an Müller erklärte Hindenburg seinen »verbindlichsten Dank« und äußerte: »Ich werde nicht verfehlen, von dem Inhalt des Buches näher Kenntnis zu nehmen.« Paul v. Hindenburg an Hermann Müller vom 15.12.1928, ebd. Ob Hindenburg von dem Buch tatsächlich Kenntnis nahm und eigene Ansichten dadurch infrage stellte, muss offenbleiben, darf aber bezweifelt werden.

für eine entsprechende Veröffentlichung. Breuer, ein vormalig MSPD-naher Publizist und Presseverantwortlicher beim Rat der Volksbeauftragten, hatte wegen einer Rezension schon Ende 1928 bei Friedrich Thimme angefragt. Der bekannte liberal-konservative Historiker und Leiter der Reichstagsbibliothek war 1915 mit dem Band »Die Arbeiterschaft im neuen Staat« hervorgetreten.<sup>141</sup> Doch Thimme winkte ab, und zwar nicht, weil Breuer ihn in einem Brief schon »darauf einstellen« wollte, wie er denn das Müller-Buch besprechen sollte, nämlich im Sinne einer »Sicherung der Demokratie« durch die damaligen Mehrheitssozialisten. In diesem wichtigen Punkt stimmte Thimme Breuer sogar ausdrücklich zu: Die Verdienste der MSPD-Führung »und nicht zuletzt Hermann Müllers« lägen genau darin, dass diese die »Revolution auf das demokratische Geleis geführt« hätten. Thimme zog deswegen seine Zusage zurück, weil Ende 1928 auch Philipp Scheidemanns Memoiren veröffentlicht worden waren und er dazu eingehend »Stellung nehmen« musste. Ungeachtet dieses Rückzugs ließ Thimme aber wissen, dass gegenüber dem »wenig sympathischen scheidemannschen Buch« Müllers Werk »noch ganz an Wert« gewinne, »gerade wegen seiner objektiven, ruhigen und immer sachlichen Art«.<sup>142</sup>

Als auch Breuer damit scheiterte, den noch bekannteren Berliner Historiker Friedrich Meinecke zu gewinnen<sup>143</sup>, sprang mit Gustav Mayer ein Historiker in die Bresche, der selbst außerplanmäßiger Professor an der Berliner Universität war und als großer Spezialist für die Geschichte der Arbeiterbewegung galt.<sup>144</sup> Mayer, der der SPD zumindest nahestand, erblickte in Müllers Werk eine »überaus wertvolle Bereicherung« der neueren Literatur zur Novemberrevolution. Auch er lobte das Buch als »schlicht, schmucklos, ohne Umschweife abgefaßt, ganz so wie es dem menschlichen und politischen Charakter des Verfassers entspricht, dem alles Reklamehafte zuwider« sei. Ebenso sympathisch fand er den Ansatz des Verfassers, selbst dem politischen Gegner »menschlich gerecht zu werden und seine Motive zu verstehen«. Als Historiker hob Mayer dann die Punkte hervor, die den Neuigkeitswert des Werkes ausmachten: Hier nannte er die Charakteristiken von Personen, die nur in der Revolution eine »große Rolle« gespielt hatten, das »wertvolle neue Material« aus dem Kontext des Vollzugs- und Zentralrats und die Tatsache, dass Ebert Anfang Januar 1919 Müller mit der Bildung einer »Exil«-Regierung beauftragt habe. Abschließend bescheinigte Mayer dem Verfasser, dass er die »Mentalität des deutschen Arbeiters aufs genaueste kannte«, die geringen Handlungsspielräume effektiv nutzte und die »demokratische Republik« als Ziel erstrebte.<sup>145</sup>

141 Robert Breuer an Friedrich Thimme vom 21. 12. 1928, ebd., Bl. 137. Thimme hatte dieses Buch gemeinsam mit Carl Legien, dem Chef der Generalkommission der freien Gewerkschaften (dem späteren ADGB), 1915 herausgebracht.

142 Friedrich Thimme an Robert Breuer vom 2. 1. 1929, ebd. Seinen Briefwechsel mit Thimme stellte Breuer dem Kanzler zur Verfügung. In seinem Brief hatte Thimme den Scheidemann-Band als »grelle, mit dem Spachtel aufgetragenen Farbaufwurf« bezeichnet, der »sich selbst alles Verdienst nahezu ausschließlich zuspricht« und der SPD »und deren Beurteilung vielen Schaden tun« wird. Ebd.

143 Vgl. Robert Breuer an Hermann Müller vom 7. 1. 1929, ebd. In dem Brief erfolgte Breuers Ankündigung.

144 Vgl. *Gottfried Niedhart* (Hrsg.), Gustav Mayer. Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914–1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, München 2009. Zum Zeitpunkt seiner Besprechung hatte Mayer bereits mehrere Studien zu Ferdinand Lassalle und Johann Baptist von Schweitzer sowie den ersten Band der groß angelegten Biografie über Friedrich Engels veröffentlicht, der seine Stellung in der Zunft und seinen Nachruhm befestigte.

145 *Gustav Mayer*, Die Novemberrevolution, in: *Der Heimatdienst* 9, Nr. 3, 1. Februarheft 1929, S. 44f. Als einer der wenigen Rezensenten erwähnte Mayer in seiner Besprechung, dass Müller mit seinem Aufsatz »Der Obmann als Geschichtsschreiber« bereits eine Art Vorarbeit zum Buch geleistet habe.

Mayers Rezension im »Heimatdienst« blieb nicht die einzige in den Periodika der »Reichszentrale« – selbst in den Landesabteilungen der Einrichtung bemühten sich sozialdemokratisch-republikanische Netzwerker wie Heinrich Schnettler (Sachsen), das Buch in ihren Publikationen zu popularisieren und damit einem noch größeren Publikum zu erschließen.<sup>146</sup>

Wenn die Resonanz des Buches in manchen (bürgerlichen) Kreisen trotzdem nicht ganz den Erwartungen entsprach, die Müller selbst als Anspruch formulierte, so lag das nicht vordergründig an der Konkurrenzveröffentlichung des Parteigenossen Philipp Scheidemann begründet, dessen weit umfänglichere Memoiren fast zum selben Zeitpunkt erschienen waren. Als schwieriger erwies sich der Veröffentlichungsort, die sozialdemokratische Buchgemeinschaft »Der Bücherkreis« Berlin. Die Buchgemeinschaft gab pro Jahr vier Bücher zum Vorzugspreis an ihre Mitglieder ab, der Rest der Auflage ging zu einem höheren Preis in den Buchhandel.<sup>147</sup> Müllers interne Klage, dass die Veröffentlichung seines Buches im »Bücherkreis« ihm die Resonanz im bürgerlichen Lager schmälere<sup>148</sup>, schlug auf den Verfasser jedoch selbst zurück: Denn es war Müller gewesen, der im Sommer 1928 das Angebot eines renommierten Verlags mit dem Hinweis ausgeschlagen hatte, er könne seine »Revolutions-Erinnerungen« nur »im Parteiverlag« herausbringen, da dort »immerhin auch intime Partei verhältnisse« berührt würden.<sup>149</sup> Der in Rede stehende Dresdner Carl Reissner Verlag, der bereits mit Veröffentlichungen zu Friedrich Ebert und Gustav Stresemann hervorgetreten war und sich anschickte, die Scheidemann-Memoiren zu veröffentlichen, hatte, wohl um seinem Angebot entsprechenden Nachdruck zu verleihen, fälschlicherweise behauptet, dass der für das Müller-Werk schon vorgesehene »Bücherkreis« nur für die eigenen Mitglieder und damit »unter Ausschluss des regulären Buchhandels« produziere.<sup>150</sup> Ungeachtet der Falschbehauptung war also frühzeitig klar, dass es sich um eine Publikation im SPD-Milieu handelte.

Müllers internes Ansinnen, den Band für die »allgemeine Buchausgabe [...] wahrscheinlich unserem Dietz-Verlag« zu übertragen, erwies sich schnell als gegenstandslos, da die Information des Dresdner Verlags nicht stimmte und ein Teil der Auflage der »Bücherkreis«-

146 Vgl. die Annotation des Müller-Buches, in: Mitteilungsblatt der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst 10, 1929, Nr. 5, S. 7, und *Heinrich Schnettler*, Die Novemberrevolution von Hermann Müller-Franken, in: ebd., Nr. 6, S. 2–7. Vgl. auch den Schriftwechsel zwischen Heinrich Schnettler, dem Direktor der Landesabteilung Sachsen, und Hermann Müller vom 1.2. und 2.2.1929, AdsD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000004, Bl. 161.

147 Die Mitglieder konnten pro Quartal zwischen zwei neu erscheinenden Bänden wählen; die Zeitschrift des »Bücherkreises« erhielten sie kostenlos. Vgl. Rückblick und Ausblick. Das Geschäftsjahr 1927 und das Programm des Jahres 1928, in: *Der Bücherkreis* 4, 1928, H. 1, S. 2. Zur Entwicklung der Buchgemeinschaft, die im Gegensatz zu bürgerlichen Buchgemeinschaften und auch zur Büchergilde Gutenberg mit circa 44.000 Mitgliedern eher kleiner strukturiert war, vgl. *Urban van Melis*, Die Buchgemeinschaften in der Weimarer Republik. Mit einer Fallstudie über die sozialdemokratische Arbeiterbuchgemeinschaft »Der Bücherkreis«, Stuttgart 2002, S. 149–230, hier: S. 161 und 172f. Müllers Buch kostete intern 3 RM, im Buchhandel 5,50 RM. Vgl. die entsprechende Annonce im Volksblatt für Anhalt vom 26.2.1929. Allerdings wies 1928/29 der Vertrieb über den Buchhandel (noch) große Lücken auf. Vgl. ebd., S. 173f.

148 Hermann Müller an Arnold Brecht vom 15.4.1929, AdsD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000035, Bl. 68.

149 Hermann Müller an Harry Schumann (Carl Reissner Verlag) vom 17.8.1928, AdsD, NL Hermann Müller, 1/HMAG 000044, Bl. 391.

150 Harry Schumann (Carl Reissner Verlag) an Hermann Müller vom 19.7.1928, ebd., Bl. 390. Schumann hatte in seinem Brief angeboten, die »offizielle Buchhandels-Ausgabe« zu besorgen, das heißt neben der vermeintlich nur internen »Bücherkreis«-Ausgabe. Aus dem Brief von Schumann ging allerdings auch hervor, dass sich Müller und der Verlagsinhaber schon seit geraumer Zeit kannten und Müller eigene literarische Projekte in diesem Verlag verfolgte. Ebd.

Ausgabe tatsächlich in den Handel ging.<sup>151</sup> Dass trotz der geschilderten Umstände das Buch ein Verkaufserfolg war, verdeutlichen die Zahlen: Die erste Auflage des Buches mit 30.000 Exemplaren hatte sich rasch verkauft, sodass kurz vor Müllers Tod, im Frühjahr 1931, noch einmal eine zweite, völlig neu gestaltete Ausgabe mit 8.000 Exemplaren ausgeliefert werden konnte. Im Rahmen des »Bücherkreises«, dessen Durchschnittsaufgabe pro Buch ansonsten bei circa 5.000 Exemplaren lag, war Müllers Werk mit beiden Ausgaben also ein Bestseller.<sup>152</sup> In seinem Nachwort zur zweiten Ausgabe äußerte sich der frühere Kanzler zufrieden: »Die zahlreichen Besprechungen des Buches in Zeitschriften und Zeitungen gaben mir keinen Anlaß zu sachlich begründeten Korrekturen. Von einer Erweiterung des Buches habe ich wegen anderer dringender Arbeiten, und um das Buch nicht unnötig zu verteuern, abgesehen.«<sup>153</sup> Dass er für die Neuausgabe den öffentlich monierten Absatz über den (vermeintlich) pathologisch veranlagten Emil Barth tilgte, wollte Müller wohl nicht weiter thematisieren.<sup>154</sup>

Die breite Rezeption, die das Werk zu Zeiten der Weimarer Republik erfahren hatte, endete 1933 jäh. Wie andere linke Verlage und Buchgemeinschaften auch wurde der »Bücherkreis« Berlin von den Nationalsozialisten zerschlagen.<sup>155</sup> Eine weitere Verbreitung wurde dadurch unterbunden.

#### IV. AUSBLICK: MÜLLERS REVOLUTIONSBUCH IM KONTEXT DER ERINNERUNGSKULTUR

Im Ganzen betrachtet handelte es sich bei Hermann Müllers Werk »Die November-Revolution« um eine gut geschriebene Geschichte der Revolution, in die persönliche Erlebnisse und Einsichten einfließen, aber nicht völlig dominierten. Der »gänzlich unpräzise und in dokumentarisch-kargem Sprachstil« geschriebene Band ließ in der Tat Müllers »Potential erkennen«.<sup>156</sup> Wie der komplette Titel des Buches schon andeutete, sollte das Werk wohl beides sein: »Erinnerungen« aus dieser Zeit und Analysen des Revolutionsgeschehens. Wegen der Berücksichtigung auch abgelegener (privater) Quellen war der Band letztlich ein Hybrid, der überdies die Grundzüge der Revolutionspolitik der MSPD zu rechtfertigen versuchte. Es war zudem eine Antwort auf die linkssozialistisch inspirierte Revolutionstrilogie von Richard Müller. Trotz einiger Vorzüge erreichte das Werk allerdings nie die analytische Qualität, die etwa die Bände von Eduard Bernstein, Heinrich Ströbel oder die späteren Werke von Arthur Rosenberg auszeichnete. Müller fokussierte zudem fast ausschließlich die Ereignisse in Berlin, also dort, wo er als Politiker und Beobachter den direkten Einblick gehabt hatte. Bei großzügiger Auslegung mag man den Kanzler und geschichtspolitisch interessierten Publizisten als Historiker bezeichnen, ein Historiker im engeren akademischen Sinn des Begriffs war er jedoch nicht. Immerhin stießen seine Veröffentlichungen – auch die in »Der Gesellschaft« – selbst auf das Interesse der Fachhistoriker. Die intern gebliebene Würdigung von Friedrich Thimme mag dies belegen. Dass Müllers Werk aber auch als Quelle Beachtung gefunden hat, verdeutlicht nicht

151 *Van Melis*, Die Buchgemeinschaften in der Weimarer Republik, S. 173–177.

152 Vgl. ebd., S. 205f.

153 *Hermann Müller*, Nachwort, in: *ders.*, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1931, S. 287. Das Nachwort hatte Müller im Dezember 1930 verfasst. Ebd.

154 Nunmehr äußerte Müller, es seien in der USPD und vor allem bei Hugo Haase »starke Bedenken« gegen eine Entsendung Barths in den »Rat der Volksbeauftragten« aufgetaucht, die »nicht auf Barths politische Tätigkeit gründeten«. Ebd., S. 79. Insgesamt nahm Müller 25 unwesentliche Änderungen vor, die den Satzspiegel des Buches nicht beeinträchtigten. Vgl. Handschriftliche Notizen Müllers vom Dezember 1930, BA Berlin, NL Hermann Müller, Nr. 15.

155 *Van Melis*, Die Buchgemeinschaften in der Weimarer Republik, S. 222–230.

156 *Reichel*, Der tragische Kanzler, S. 359.

zuletzt das Standardwerk von Eberhard Kolb.<sup>157</sup> Die zeitgenössische Rezeption des Bandes war enorm, was vor allem an Müllers Kanzlerschaft gelegen haben mochte. Doch fällt hier auf, wie der »gänzlich unpräventöse« Kanzler (Peter Reichel) die Verbreitung seines Werkes zu steuern versuchte und dabei von dem ihm wohlgesinnten Netzwerkern in den eigenen Reihen profitierte. Seinen eigenen Wert erhält der Band von Müller vor allem dadurch, dass er am Vorabend der (finalen) Krise der Republik die Chancen und Potenziale der Republik betonte und die Zäsur von 1918/19 als demokratische Revolution sowie als Basis einer offen erscheinenden Entwicklung deutete. Für Müller wie für viele seiner Zeitgenossen war die Weimarer Republik bei Erscheinen des Buches (1928) eine ausbaufähige Demokratie. Nichts ließ Ende 1928 den baldigen Anbruch einer totalitären Diktatur erkennen. Müllers Werk war jedoch nicht nur eine demokratische Deutung der Revolutionsereignisse aus der Sicht eines vormaligen MSPD-Politikers, es war auch ein parteiinternes Integrationsangebot an den früheren rechten Flügel der USPD, der seit 1922 (wieder) Teil der Gesamtpartei war. Dass der Kanzler diesen Teil und dessen maßgebliche Persönlichkeiten derart respektvoll behandelte, kennzeichnete den Menschen wie den Politiker Hermann Müller, zeigte aber auch die notwendig gewordene interne Verständigung über ein zentrales Ereignis der Zeitgeschichte. Einen größeren Teil der Umworbenen vermochte er auf diesem Wege zu erreichen, einen kleineren Teil der neu formierten Parteilinken allerdings nicht. Jener Teil definierte die Zäsur von 1918/19 weniger als demokratische denn als »stecken gebliebene« Revolution. Jahrzehnte später wurde diese Diskussion – und dann auf breiter historisch-empirischer Basis – neu vermessen.

In den Geschichtsdeutungen und Erinnerungskulturen nach 1945 wurde an die bereits vor 1933 ausdifferenzierte Sicht auf die Revolution von 1918/19 in unterschiedlichem Maße und abhängig von Konjunkturen und staatlicher Verfasstheit angeknüpft. In der SBZ/DDR erhielt das Bild von der von Sozialdemokraten (wie Ebert und Müller) verratenen und im Blut ertränkten Revolution geradezu kanonischen Wert. Die KPD/SED vermochte hier – weit über Richard Müllers Deutungen hinaus – auch an eigene Veröffentlichungen wie die »Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution« von 1929 anzuschließen und die Rolle der eigenen Partei (KPD) mit der Generierung eines Gründungsmythos zu verbinden. In der frühen Bundesrepublik und zumal in der Hochzeit des Kalten Kriegs – den 1950er-Jahren – ließ sich die gegenläufige Tendenz beobachten: Der MSPD und ihren führenden Politikern (wie Ebert und Müller) wurden nun von tonangebenden Historikern (wie Karl Dietrich Erdmann) eine demokratische Schutzwall-Funktion vor dem drohenden »Bolschewismus« zugestanden. Mehr als diese beiden Alternativen habe es nicht gegeben. Erst eine jüngere Historikergeneration – genannt seien hier nur Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Peter von Oertzen und Ulrich Kluge – blieb es vorbehalten, seit den 1960er-Jahren das Gesamtbild deutlicher zu differenzieren und die demokratischen Potenziale der Rätebewegung in ihrer ersten Phase zu entfalten.<sup>158</sup> Mit ihren Bewertungen, die auch Versäumnisse der MSPD in der Militär- und Sozialisierungsfrage thematisierten, knüpften sie wenigstens partiell an ältere Urteile von Heinrich Ströbel und Franz Petrich an. Vor diesem Hintergrund verblasste der (scheinbar) alternativlose antibolschewistische Nimbus von

157 Vgl. Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19*, S. 44, 126, 131, 134, 198 und 232.

158 Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19*; Reinhard Rürup (Hrsg.), *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19*, Wuppertal 1975; Peter von Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/1919*, Düsseldorf 1963; Ulrich Kluge, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Göttingen 1975.

Ebert und Müller, wenngleich Müllers Werk über die Novemberrevolution nach wie vor und gerade bei Kolb als Quelle häufig Verwendung fand. Doch statt Müllers Werk wurde – vermittelt von der westdeutschen Studentenbewegung – die Trilogie seines vormaligen Kontrahenten Richard Müller »wiederentdeckt«, weil sich diese mit ihren Thesen zur Rätebewegung und den tatsächlichen oder vermeintlichen Versäumnissen ausgezeichnet in den neuen Zeitgeist von »1968« einfügte. Richard Müllers Trilogie erfuhr so neue Auflagen und beeinflusste Sebastian Haffners Werk »Die verratene Revolution« ganz wesentlich.<sup>159</sup> Noch einmal 30 Jahre später und um die Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung reicher, brachten Heinrich August Winkler und seine Schülerin Teresa Löwe Eduard Bernsteins Klassiker von 1921 sorgfältig ediert erneut heraus.<sup>160</sup> Mit Blick auf das geringere Analysepotenzial des Müller-Bandes war dies gewiss die richtige Entscheidung. Mit dem Anbruch des 100. Revolutionsjubiläums verstärkte sich der Trend, in der Grundlegung der ersten deutschen Republik von 1918/19 den »wahren Beginn unserer Demokratie« zu betrachten.<sup>161</sup> Hinzu trat eine neue Tendenz in Teilen der deutschen Geschichtswissenschaft, die gescheiterte Weimarer Republik nicht nur von ihrem Ende her zu denken, sondern verstärkt ihre demokratischen Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten in den Fokus zu rücken. Das hatte auch Folgen für Müllers Werk und seine Deutungen: Dass der eher unbekannte Severus-Verlag das Buch als Reprint neu herausgab<sup>162</sup>, fiel dabei weniger ins Gewicht als die Tatsache, dass jüngst das Werk als Quelle und als Deutungsmuster erneut an Zugkraft gewann. Angefangen von Peter Reichels umfangreicher Müller-Biografie über Robert Gerwarths positive Revolutionsdarstellung und dem großen differenzierten Werk von Joachim Käppner<sup>163</sup> war es vor allem das von Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff gespendete »Lob der Revolution«, das Müller wieder stärker in den Blick nahm. Beide Verfasser bezogen sich explizit nicht nur auf Müllers Buch als Quelle, sondern auch und vor allem auf die im Buch veröffentlichten Deutungen. Die demokratische Revolution von 1918/19 erscheint – ungeachtet mancher Versäumnisse – so als Fixpunkt der deutschen Demokratiegeschichte und das Engagement von Politikern wie Hermann Müller als wichtiges »politisches Erbe«.<sup>164</sup>

159 Sebastian Haffner, *Die Verratene Revolution. Deutschland 1918/1919*, Bern/München etc. 1969; Vgl. Hoffrogge, Richard Müller, S. 180.

160 Vgl. Eduard Bernstein, *Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik*, hrsg. v. Heinrich August Winkler, Bonn 1998.

161 So etwa Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, München 2017.

162 Vgl. Hermann Müller-Franken, *Vom Sturz der Monarchie zur Weimarer Republik: Die Novemberrevolution 1918*, Hamburg 2017.

163 Vgl. Robert Gerwarth, *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018; Joachim Käppner, *1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen*, München 2017.

164 Lars-Broder Keil/Sven Felix Kellerhoff, *Lob der Revolution. Die Geburt der deutschen Demokratie*, Darmstadt 2018, S. 234 und 236.